Bezirkskonferenz Mitteldeutschland

Auf der Bezirkskonferenz waren vertreten Leipzig, Halle, Weißenfels, Klostermannsfeld mit Delegierten, Chemnitz, Pleißa, Ruhla als Gäste und der RAA. Leipzig hatte die absolute Mehrheit. Die Thesen des RAA. als Grundlage einer wirklichen marxistischen Taktik waren heftig umstritten, den Nöten der Arbeiter in konkreten Forderungen Ausdruck zu geben wurde im Sinne des Lassalleschen ehernen Lohngesetzes von zwei Vertretern der mehr oder weniger starren Taktik abgelehnt, von den Verfechtern der beweglichen Taktik aber als Voraussetzung des revolutionären Kampfes an den wachsenden Erfolgen der Ortsgruppe Leipzig aufgezeigt. Die Losung der Wiedereinreihung in den Produktionsprozeß wurde dabei ausdrücklich als unzulässig erklärt. Von einem Delegierten, der sich grundsätzlich auf den Boden beweglicher Taktik stellte, wurden die Thesen wegen ungenügender Analyse der Gegensätze von Lohnarbeit und Kapital abgelehnt, so daß sie Annahme nur durch die Leipziger Mehrheit fanden. Einstimmig wurde dann eine Resolution gegen die unverantwortliche Haltung der KAZ. zum neuen Fall Schwarz angenommen. Die Konferenz hat erwiesen, daß in Mitteldeutschland die revolutionäre Avantgarde unerschütterlich ihren Vormarsch fortsetzen wird.

Halle

Die Ortsgruppe Halle der AAU. stimmt dem Thesen-Entwurf des RAA. zu (siehe Kampfruf Nr. 1, 1929, „Die Taktik der Union"), bis auf den letzten Absatz des 6. Punktes (Anderseits ist sich . . .), welcher nicht klar genug ist über das Verhalten der Aktionsausschüsse bei Wiederaufnahme der Arbeit bei Aussichtslosigkeit des Kampfes.

Die Ortsgruppe Halle der AAU. schlägt daher folgende Ergänzung vor:

„Bei Aussichtslosigkeit eines Kampfes steht keinem Aktionsausschuß das Recht zu, die Arbeiter schriftlich an das Kapital zu binden. Die Betriebs-, Orts-, Bezirks- oder Reichsaktionsausschüsse können wohl mündliche Vereinbarungen tätigen, aber nur auf eine unbestimmte Zeit, um so das Proletariat immer auf revolutionärer Grundlage zu halten, damit bei irgendwelchen Anlässen im Betrieb das Proletariat zu neuen Gegenstößen ausholen kann."

München

Die hiesige Ortsgruppe der AAU. akzeptiert die taktischen Richtlinien des RAA., wie sie in den Abschnitten 1 bis 6 zum Ausdruck kommen, da sie den tatsächlichen Verhältnissen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht entsprechen. Die Ortsgruppe erwartet auch von der Reichskonferenz, daß sie von diesen Gesichtspunkten aus unsere weitere Arbeit festlegt.

Mit den sympathisierenden Gruppen des Auslandes ist, soweit noch nicht geschehen, eine Arbeitsgemeinschaft anzustreben, um dadurch einen Gegenpol zur 2. und 3. Internationale zu schaffen.

Die Textilwirtschaft

Ihre Krise und ihr Kampf.

Wir haben schon aus der Lage der internationalen Textilwirtschaft das Fazit gezogen. Der Vorstoß der deutschen Textilbarone macht es aber erforderlich, nochmals ein Blitzlicht auf die deutsche Textilindustrie zu werfen.

In der Textilindustrie liegen — durch Aussperrung — bereits rund 200 000 Arbeiter auf der Straße resp. ist ihnen gekündigt. An der Ausdehnung der Industrie gemessen, hat der Konflikt bereits den noch nicht beendigten der Eisenindustrie übertroffen.

Eine von den Gewerkschaften veranstaltete Pressekonferenz ergab im einzelnen folgendes Bild: In den meisten Konfliktsgebieten sind die Kündigungen der Tarifverträge durch Unternehmerseite erfolgt, im wesentlichen mit der Begründung, man müsse ein- bis zweijährige Verträge haben, die eine feste Kalkulationsbasis für die Industrie sicherten und bei ansteigender Konjunktur von den Arbeitern nicht angetastet würden. Nur in wenigen Fällen, wie zum Beispiel in der Lausitz, führten geringfügige Forderungen der Arbeiter zum Streit. In letzterem Fall sei ein Schiedsspruch gefällt worden, der nur für gewisse Jugendliche kleine Lohnerhöhungen brachte, die **für das ganze Gebiet eine Lohnerhöhung von zusammen 50 Mk. in der Woche** zur Folge gehabt hätte. Trotzdem ist jetzt die Aussperrung erfolgt.

Ehrlicher kann man nicht sein. Die Unternehmer der ganzen Lausitz sind durch den Lohnschacher der Gewerkschaften und diverse Streiktechtelmechtel zusammen mit 50 Mk. reichlich bedacht. Und diesen Tarifvertrag nennen damals die Gewerkschaften als großen Erfolg in die Welt. Und was noch sonderbarer ist, es gab Arbeiter, die Zehntausende, die das glaubten. Sie sind jetzt von „ihren" „Tarifkontrahenten" für ihren Aberglauben aufs Pflaster gesetzt.

Von den ca. 8500 Arbeitern der Baumer Artikelfabrikation ist eine Lohnherabsetzung um 8½ Prozent verlangt worden. Bei Nichtanerkennung wurde mit der Aussperrung gedroht.

Bekanntlich sind außerdem bereits 35 000 Arbeiter des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien ausgesperrt, denen bald Arbeitslosigkeit in den zugehörigen Ausrüstungsbetrieben mit ca. 8000 Arbeitern folgen dürfte. Insgesamt müssen heute also schon 65 000 Arbeiter feiern. Sonst sind noch am Konflikt beteiligt, aber bisher bei der Arbeit, die Spinnerei- und Webereiarbeiter in Apolda, Bleicherode, Bremen (Unte), Duisburg, Fulda, Göttingen, Gütersloh, Hamburg, Hannover, Hersfeld, Kassel, Kempen, Krefeld (Seide), Mühlhausen, Neumünster, Nordhausen und Nordost, immer nach der Ansicht der Gewerkschaftsvertreter auf der genannten Pressekonferenz.

Die allgemeine Lage in der Textilindustrie rechtfertigt das Verhalten der Industriellen nicht. Die Zahl der Arbeiter, die 1912 947 000 betrug, ist um rund 336 000 auf 1,21 Millionen im Jahre 1923 gestiegen, worunter sich 690 000 Frauen mit um ein Drittel niedrigeren Löhnen befinden. Trotzdem bewegte sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten „nur" zwischen 8 und 9 Prozent, während der Anteil der Kurzarbeiter zuletzt allerdings 24 Prozent erreichte. Der Export der Textilien aus Deutschland ist in den letzten Jahren ständig gewachsen und betrug 1928 1610 Millionen Mark gegen 188 im Vorjahre; dagegen hat der Import sich im ganzen verringert, nämlich von 1174 auf 1018 Millionen Mark. Im Geschäftsjahr 1927/28 erzielten 513 Aktiengesellschaften der Branche durchschnittlich einen Rohgewinn von 18,4 Prozent und einen Reingewinn von 11,2 Prozent. Nach Riesenabschreibungen und Rückstellungen für Neubauten, Rationalisierung usw. Von einer schlechten Gesamtlage könne man angesichts zahlreicher Zusammenbrüche nicht sprechen.

Daß jetzt in Schlesien die öffentliche Hilfe für voll arbeitende Textilarbeiter in Anspruch genommen werden muß, sei für die Verbände deprimierend, wenn man bedenkt, daß nicht nur dort niedrige Löhne gezahlt werden, sondern daß beispielsweise im Bezirk Reichenbach der **Nettozeitlohn wöchentlich 23,17 Mk. für männliche und 15,35 Mk. für weibliche Arbeiter** beträgt, bei einer Arbeitszeit von 51 Stunden, während der **Akkordrichtsatz** daselbst zwischen 27 und 28 Mk. schwankt.

Treffender könnten auch wir nicht die Gewerkschaftspolitik kennzeichnen. Die Unternehmer Riesenprofite, die Arbeiter **bei 51stündiger Arbeitszeit — Armenunterstützung, da ihr — von den Gewerkschaften „erkämpfter" Lohn niedriger ist als** die Arbeitslosenunterstützung. Das bezieht sich auf die Vergangenheit, während der beispiellosen Hochkonjunktur des deutschen Kapitals, bei der das Textilkapital goldene Ernten einheimste. Was den Proletariern bei der kommenden Depression bevorsteht, davon geben ihnen die Unternehmer jetzt einen kleinen Vorgeschmack.

Die in der Textilwirtschaft einsetzende Krise ist nur zu deutlich als eine Folge der Produktionssteigerung durch die Rationalisierung ersichtlich. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit setzte im Jahre 1928 ein. Aber gerade im Jahre 1928, Allein gegen das Vorjahr (das noch flotte Beschäftigung aufwies) ist die Ausfuhr um 122 Millionen Mark gestiegen und die Einfuhr um 156 Millionen gesunken. Die hier ausgewiesene Mehrproduktion von 278 Millionen Mark ist geleistet worden bei einer herabgesetzten Belegschaftsziffer und bei stark vermehrter Kurzarbeit.

Die Mehrproduktion ist in Wirklichkeit sehr viel größer, denn der Inlandsabsatz hat sich im abgelaufenen Jahre zweifellos nicht unbedeutend gehoben. Zu alledem ist bei der steigenden Berennung des Weltmarktes eine Preissenkung für fertige Textilwaren eingetreten. Die erhöhten, selbst von den Gewerkschaften zugegebenen Profite zeugen davon, daß die Arbeiterschaft an der Mehrproduktion keinen Vorteil hatte.

Die günstige Konjunktur des Textilkapitals ist nicht zum wenigsten auf die zerfahrene Lage in der englischen Textilindustrie zurückzuführen. In England setzt aber, wie wir schon mitgeteilt haben, die Konzentration und als deren Folge die Rationalisierung ein. England wird seinen Verlust am Weltmarkt sehr bald wieder eingeholt haben und darüber hinaus Boden am Weltmarkt gewinnen. Die Kosten werden mehr als bisher die Arbeiter tragen. Die deutschen Textilbarone haben die Aktion schon eingeleitet. Die Arbeiterschaft mag ihre Vorbereitungen treffen.

Aus der Bewegung

Groß-Berlin

Vom Nachweis Kottbuser Tor.

Es ist keine Seltenheit mehr, daß die Fabrikanten in der frechsten Art und Weise die Massenerwerbslosigkeit ausnützen. Besonders trifft dies in der Metallbranche zu. Jeden Morgen warten Hunderte auf Arbeit. Um 9 Uhr und 11 Uhr werden die Freistellen bekannt gemacht, aber nur wenige. Die Eingeweihten bemühen sich schon gar nicht mehr, weil es fast immer dieselben Bruchfirmen sind. Zu diesen Firmen gehört auch die Metallwarenfirma Schuch & Co., Dresdener Straße 40. In der vergangenen Woche brauchte Schuch & Co. wieder Arbeiter. Keiner meldet sich. Kurzerhand werden 4 Karten eingezogen. Die Kollegen müssen hin. Auf Initiative eines Arbeiters wird sofort eine Vereinbarung getroffen gegen die Akkordarbeit. Ein Stundenlohn von 1,10 Mark wird festgesetzt, da der bisherige Akkordlohn durchschnittlich 0,90—0,70 Mark betrug.

Am Freitag, den 15. Februar brauchte die Firma wieder Arbeiter. Da sie weiß, daß es immer einige Schwierigkeiten kostet, sendet sie ihr Zugpferd, Betriebsrat Hermst, zum Nachweis. Er hat ja dort Freunde aus seiner Partei bei der Vermittlung. Die helfen gerne etwas nach, wenn die Proleten nicht wollen. Zumal den Aufsichtsbeamten auf Grund einer Verordnung aus dem Jahre 1925 polizeiliche Befugnisse eingeräumt sind. Dem Arbeiter Hormann wurde prompt wieder die Karte abgenommen. Als dieser Fall bekannt wurde, unringten die Arbeitslosen diesen sauberen Betriebsrat. Sie machten ihn deutlich aufmerksam auf seine Lakaienrolle und Bütteldienste. Herr Hermst meint aber, das gehöre doch zur Arbeit, er könne keinen Auftrag verweigern.

Kollegen, ist dieses Auftreten des Betriebsrats Naivität oder bewußter Zutreiberdienst? Letzteres ist der Fall. Seht ihr nicht eine Linie von Severing-Wissel bis Hermst? Wirtschaftsdemokratie heißt diese Linie, die große Parole der freien Gewerkschaften. Die Wirklichkeit zwingt auch: ihr müßt euch organisieren als ganze Klasse, nicht in Berufsverbänden.

Magdeburg

Unpolitische Erwerbslosenkonferenz?

Am Donnerstag, den 14. Februar fand hier eine Erwerbslosenversammlung statt. Thema: 1. Bericht von der letzten Verhandlung mit dem Magistrat. 2. Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz. Der Berichterstatter teilte der Versammlung mit, daß man der Delegation sagen ließ, sie sollten sich „das Rathaus von draußen ansehen", deshalb sei es notwendig, daß die Erwerbslosen sich mehr hinter den von ihnen gewählten Erwerbslosenausschuß stellen, um ihre materiellen Forderungen zum Durchbruch zu bringen. Er führte aus, daß der Erwerbslosenausschuß mit einer politischen Organisation etwas zu tun hätte, sondern nur die Interessen der Erwerbslosen vertreten will. In der Diskussion sprachen auch 2 Genossen der AAU. und zeigten den versammelten Proleten die Ursache der Erwerbslosigkeit vom Standpunkt der Allgemeinen Arbeiter-Union und der KAPD., und vom Standpunkt der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien auf. Während man den ersten Unionsgenossen in der Diskussion unterbrach mit der Bemerkung, daß man von Politik nichts wissen wolle, konnte der zweite Unionsgenosse seine Ausführungen mit dauernder Zustimmung beendigen. Somit wurden 4 erwerbslose Unionsgenossen als Delegierte zu der am Sonntag, den 17. Februar stattfindenden Bezirkserwerbslosenkonferenz Sachsen-Anhalt gewählt.

Diese unpolitische Erwerbslosenkonferenz tagte 5 Stunden, davon nahmen die KPD.-Bonzen 3 Stunden für sich in Anspruch, um zu zeigen, welchen „heroischen Kampf" die KPD. in den Parlamenten für die Aermsten der Armen führt. Der Reichstagsabgeordnete Evert leierte nochmals die letzte parlamentarische Aktion, wo ein Erwerbsloser von der Tribüne des Reichstags gesprochen hat, herunter.

Also, Erwerbslose Magdeburgs, hier zeigt es sich, daß der Erwerbslosenausschuß kein unpolitisches Gebilde ist, sondern man will die Erwerbslosen benutzen, um den festgefahrenen Parteikarren wieder im Gang zu bringen. In der Diskussion hörte man nur alte KPD.-Phrasen, Eroberung der Gewerkschaften usw. Sämtliche Unionsgenossen reichten Wortmeldungen ein, die beantwortet wurden mit Schluß der Debatte, allenfalls sollte noch ein sozialdemokratischer Erwerbsloser sprechen (es war wohl bloß einer anwesend). Auf unseren Protest hin gestattete man doch, von den 4 Unionsgenossen einen sprechen zu lassen. Unser Genosse lehnte es natürlich ab, sich unter die Führung der Kommunistischen Partei zu stellen und zeigte der Konferenz, daß gut besoldete KPD.-Bonzen ebenso wenig mitfühlen und denken können wie die SPD.-Bonzen. Wenn die Erwerbslosen weiter in den Gewerkschaften verbleiben, kann nie die Frage gelöst werden, wer wirklich im Auftrage der Erwerbslosen spricht. Graßmann vom ADGB. oder irgend ein Reichstagsabgeordneter der KPD. Darum sei es notwendig, den allerschärfsten Kampf gegen die Gewerkschaften und alle parlamentarischen Parteien zu führen. Die Lösung heißt also: nicht gesetzlich anerkannte Erwerbslosenausschüsse, sondern wählt Aktionsausschüsse. Nur eine derartige Bewegung mit dem Ziele Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung wird imstande sein, das Erwerbslosenproblem zu lösen und vorübergehend etwas zu erringen. Es wird die Aufgabe aller erwerbslosen Unionsgenossen sein, in den kommenden Erwerbslosenversammlungen das Intriguenspiel der KPD. im Keiche zu entlarven.

München

Hier fand am 7. Februar eine famose Erwerbslosenversammlung der KPD. statt, um Bericht zu erstatten von ihrer großen Aktion im Bayerischen Landtag. Als Referent sprach der Landtagsabgeordnete Büchs über seine Tätigkeit im Bayerischen Landtag. Er erklärte seine revolutionäre Tätigkeit in der parlamentarischen Quatschbude und versuchte, die erwerbslosen Proleten in den Traumzustand der Illusionen der geheiligten Parlaments zu versetzen. Die Erwerbslosen waren sämtlich begeistert, daß sie einen so großen Mann wie Büchs in diesem Hause haben, der auf Kommando von Moskau die nötige Stimmung schaffen soll für die kommende Stadtratswahl. Denn das ist letzten Ende die Uebung und Methode, warum die Kommunistische Partei die Erwerbslosen-Ausschüsse aufzieht: nicht die Erwerbslosen zu revolutionieren, sondern um die KPD. zu stärken in ihrem opportunistischen Kurs. Die Erwerbslosen durchschauen leider nicht, was für ein gemeines Spiel mit ihnen getrieben wird. Büchs versuchte in großen Zügen die Ursache der Erwerbslosigkeit aufzuzeigen und schlängelte sich dabei wie die Katz um den heißen Brei. Denn er war nicht imstande, den Erwerbslosen den Ausweg zu zeigen, daß man durch Parlamentarismus nichts erreichen kann. Er versuchte die Masse an das parlamentarische Lügengebäude zu fesseln, in dem „große Männer" die Geschichte machen.

In der Diskussion meldete sich als erster ein sympathisierender Genosse der AAU. Der Versammlungsleiter Stroh versuchte genau wie am 17. Januar eine Pogromhetze zu entfesseln, indem er diesen Genossen ebenfalls als Wirkkopf bezeichnete. Es kam zur Abstimmung über diesen Genossen. ¾ der Anwesenden waren dafür, daß er spricht. Der Genosse zerpflückte auf Strich und Faden die Ausführungen des Abgeordneten Büchs und zeigte die Klassenfront der Union auf. Darauf meldete sich ein KAP.-Genosse. Als derselbe zu Wort kommen sollte, wurde ihm das auf gemeinste Art und Weise verhindert, indem ein Antrag einlief zur Geschäftsordnung, daß der KAP.-Genosse ein „Polizeispitzel" wäre. Darauf erging Schulan das Wort auf eigene Faust, da sie es ihm nicht geben wollten, und wollte den KAP.-Genossen verteidigen. Weil der Genosse Schulan sich das Wort allein nahm, wollte ihm der Versammlungsleiter Stroh auf Grund des bürgerlichen Vereinsgesetzes den Saal verweisen. Sofort erschien eine Kompagnie roter Blechpolizisten und wollten den Gen. Schulan hinausschaffen. Schulan und der KAP.-Genosse weigerten sich und die roten Blechpolizisten mußten abziehen unter dem Gelächter ihrer eigenen Genossen.

Den Arbeitslosen Münchens aber rufen wir zu: Laßt Euch nicht durch die KPD.-Verleumder verwirren! Schart Euch an die Klassenorganisation der AAU., schafft mit uns einen Gegenpol wider die Verleumderoffensive der KPD., um unter Führung revolutionärer Aktionsausschüsse den Massenkampf für den Sturz des verrückten Kapitalismus aufnehmen zu können.

Fürstenwalde

Am Sonntag, den 17., fand hier eine von der AAU. einberufene „Oeffentliche Versammlung" statt. Da rege Propaganda gemacht wurde, konnte, selbst wenn man die Kälte als Entschuldigungsgrund gelten läßt, der Besuch nicht befriedigen. Er war, an Fürstenwalder Verhältnissen gemessen, schlecht. Diejenigen, die auf dem Nachweis und auch sonst bei jeder Gelegenheit sich als die „Einzigen Revolutionäre" hinstellen, KPD. und RFB., fehlten fast ganz. Sicher ein Zeichen, daß die Selbstbewußtseinsentwicklung dieser Proleten sie daran verhindert, mit Klassengenossen Wege und Ziele des Klassenkampfes zu diskutieren. Oder sollte man sich fürchten, Gegenargumenten nicht gewappnet zu sein! Fast sieht es so aus!

Der Referent zeigte in klarer Weise den Anwesenden, warum sich die heutigen Zustände entwickeln konnten. Er deckte den grandiosen Verrat der Gewerkschaften und ihrer Zutreiber auf, zeigte, was das hysterische Geschrei der KPD. „hinein in diese Organisation" auf sich hat. Widerspruch wurde nicht laut. In persönlichen Diskussionen kam man später dann noch näher. Einige Sympathisierende erklärten, daß sie von man an mitarbeiten würden.

Eine am Mittwoch vor Woche vom Erwerbslosenausschuß einberufene Versammlung brachte den ganzen Unsinn der sich fordernden Anerkennung der Erwerbslosenräte usw. grell ans Tageslicht. Damit sich die Erregung der Erwerbslosen abwirken konnte, machte man eine Demonstration. „Rund um Rathaus" und zu einigen Bonzen. Was dabei herauskam, war Fürstenwalder Arbeiter, das habt Ihr ja erlebt. Trotz Führung durch die KPD. und Erwerbslosenrat stand die Frage offen — was nun? — ist das alles? So wird es Euch noch sehr oft ergehen, wenn Ihr auf Postenläufer und Parlamentsanwärter Eure Hoffnung setzt.

Wir sagen Euch: „Helft Euch selbst, schließt Euch an dem Nachweis und im Betrieb zusammen zur Klassenfront!" Nehmt Eure Geschicke selbst in die Hand, das heißt, zieht nicht mehr ums Rathaus, sondern vor die Betriebe. Fordert Eure Klassengenossen, daß sie dort noch schaffen, auf, sich mit Euch solidarisch zu erklären. Wenn's nicht anders geht, dann durch Stillegung der Betriebe und zwingt so die Herrschenden. Euch nicht mehr nur als Kirchhofsanwärter zu behandeln. Die Genossen der Union wissen den Euch jederzeit Rede und Antwort auf alle Fragen des Klassenkampfes geben. Sie kneifen nicht, wie gewisse Revolutionäre.

Mitteilungen

Reich

Achtung Reichsumlage!

Zur Deckung der Reichskonferenz-Unkosten wird hiermit für die 10. und 11. Woche ein Extrabeitrag von je 1 Mark ausgeschrieben. RAA.

An die Ortsgruppen.

Der RAA. ersucht um baldige Zusendung aller Fragebogen betreffs Mitgliederzahl.

A) Gesamtmitgliederzahl.
B) Wieviel in Arbeit.
C) Wieviel erwerbslos und krank.

Ferner ersuchen wir, daß bis zur Reichskonferenz sämtliche Umlagen und Beiträge abgerechnet sind.

Provinz Brandenburg

Fürstenwalde.

Ausgabe von Zeitungen, sowie Mitgliederaufnahme jeden Freitag, abends von 7—8 Uhr, im Volksgarten, Windmühlenstraße.

Groß-Berlin

11. Bezirk. Am Freitag, den 8. März 1929, findet im Lokal von Schünemann, Schöneberg, Sedanstr. 19, ein **Oeffentlicher Diskussionsabend** statt.

Thema: Die Erwerbslosigkeit und ihre Ueberwindung. Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 18
Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 18

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

März 1929 (Revolutionäre Betriebs-Organisationen) Für Erwerbslose 5 Pfennig

Jahrgang 10 Nr. 10 Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13 Preis 15 Pfennig

Int. Sociale Geschiedenis Amsterdam

AAU. und KAP.

(Beitrag zur Reichskonferenz-Diskussion.)

I.

Die organisatorische Grundsteinlegung der Allgemeinen Arbeiter-Union fiel in jene nachkriegsmäßige Klassenkampfphase, die den vorwärtsdrängenden Proletariern eine revolutionäre Zusammenfassung ihrer Kräfte als eherne Frage des Tages aufzwang. Das bedeutet nicht, daß die historische Existenzberechtigung der AAU. erst vor zehn Jahren durch den offenen Zusammenstoß der Klassen gegeben wurde. Bereits vor dem Kriege zeigten sich mehr und mehr die Schranken, die den Gewerkschaften durch die fortschreitende kapitalistische Konzentration der Produktionsmittel erwuchsen. Schon allein diese produktionstechnische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft schuf die objektive Voraussetzung, daß die gewerkschaftliche Zersplitterung des Proletariats in Berufskasten überwunden werden muß durch die höhere Form der Klassenorganisation. Ebenso war schon vor dem Kriege die Gewerkschaftsorganisation so deutlich zum Instrument einer Führerpolitik umgewandelt, daß jeder ernste Versuch der Mitgliedermasse zur Durchsetzung ihres politischen Willens nur noch möglich war im offenen Konflikt mit der gewerkschaftlichen Bürokratie.

Die konservative Ausstrahlung der Gewerkschaftstraktion auf die Arbeiterhirne verhinderte, daß der Gedanke einer moderneren Organisationsform im gleichen Schritt mit der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung Wurzeln im Proletariat schlagen konnte. Aber der chauvinistische Kurs der Gewerkschaftsinstanzen im Kriege erschütterte gewaltig die Macht der gewerkschaftlichen Tradition und der Orkan des imperialistischen Zusammenbruches fegte im Proletariat die letzten subjektiven Widerstände gegen eine revolutionäre Neuformierung hinweg. Die Organisation der revolutionären Obleute in den Betrieben war ein erster Schritt auf dem Wege zur AAU., so unzulänglich es auch noch war. Als Kampfesmobilisation unter Ausschaltung der Gewerkschaftsbürokratie mußte dieser Schritt trotz aller politischen Halbheit das Vorspiel jener entscheidenden Handlung sein, wo die Erkenntnis von der Untauglichkeit der Gewerkschaften ihren praktischen Niederschlag in der Schaffung revolutionärer Betriebsorganisationen findet. Daß die organisatorische Geburtsstunde der AAU. mitten in revolutionäre Schlachten fiel, beweist, daß die AAU. von der zeitgeschichtlichen Entwicklung zur alleinigen Klassenorganisation des Proletariats in der sozialen Revolution bestimmt ist. Unter dem Eindruck revolutionärer Kampferfahrungen mußte das instinktive Tasten nach moderner Organisationsform sehr bald umschlagen in den bewußten Willen, den gewerkschaftsreformistischen Bollwerken des Kapitalismus die in den Betrieben verankerte unionistische Klassenfront des Kommunismus entgegenzustellen.

II.

Die Konstituierung der AAU als Einheit revolutionärer Betriebsorganisationen, d. h. als Klassenzusammenschluß des Proletariats, war nur möglich im schwersten Kampfe sogar gegen den linken Flügel der alten Arbeiterbewegung. Der Spartakusbund, der unter Führung Liebknecht-Luxemburgs als der Vortrupp der Revolution galt, offenbarte seine historische Schwäche, als er aus dem Zusammenbruch der reformistischen Organisationen die revolutionären Konsequenzen ziehen sollte. Er konnte trotz aller revolutionären Kritik und Propaganda keine positive Linie gegenüber der reformistischen Bewegung gewinnen und zerbrach deshalb an der konkreten Aufgabe, den proletarischen Klassenkampf auf eine revolutionäre Grundlage zu stellen. Damit war auch für den antigewerkschaftlich-antiparlamentarischen Flügel des Spartakusbundes die Notwendigkeit gegeben, sich in der KAPD. zur politischen Organisation zu konstituieren.

Mit der KAP. steht die AAU. seit neun Jahren in engster Kampfgemeinschaft, weil die allgemeine Linie des Kampfes beider Organisationen übereinstimmt. Die KAP. hat den Kampf der Union mit allen ideellen Kräften unterstützt, weil erstere selbst die Mobilisierung der Proletariermassen zur Klassenarmee als unbedingt notwendig für den Sieg des Kommunismus betrachtet. Die gemeinsame Auffassung über Ziel und Methode des modernen Klassenkampfes ist die Triebkraft zum gemeinsamen Kampfe der KAPD. und AAU. gegen den Kapitalismus und seine sozialdemokratisch-leninistischen Verteidiger der untauglichen parlamentarisch-gewerkschaftlichen Methoden. Die AAU. ging die Aktionsgemeinschaft mit der KAP. um so selbstverständlicher ein, da sie selbst für die Zusammenfassung der fortgeschrittensten Proletarier in einer politischen Partei ist, um die ideologische Entwicklung des revolutionären Vortrupps organisatorisch zu sichern. Deshalb hat die AAU. auch ohne Zaudern seinerzeit die „Parteiverneiner" abgestoßen, als sie unter der Flagge der „Einheitsorganisation" das Kampfbündnis mit der KAP. zerschlagen wollten. Denn die von der AAU. erstrebte Einheitsorganisation wächst organisch im Prozeß der gemeinwirtschaftlichen Vereinheitlichung von Produktion und Politik, weshalb jeder organisatorische Einheitsrummel zur Verschleierung der wirtschaftlichen und politischen Aufgaben des Proletariats im Kampfe um den Sturz des Kapitalismus führen muß.

III.

Trotzdem KAP. und AAU. auf derselben prinzipiellen Linie marschieren, können sie doch nicht die gleichen Aufgaben haben, da sonst ihre organisatorische Trennung geschichtlich unhaltbar wäre. Die objektiven und subjektiven Verhältnisse des Klassenkampfes bedingen eine Differenzierung in den Aufgaben beider Organisationen, die sich in ihrer Praxis gegenseitig ergänzen müssen.

Die Rolle der KAP. besteht im wesentlichen darin, die letzten revolutionären Konsequenzen aus jeder Situation aufzuzeigen und unablässig das politische Bewußtsein in den eigenen Reihen zu heben. Die KAP. muß ständig den reinsten Ausdruck der Erfahrungen des Klassenkampfes widerspiegeln, damit sie ein ideologisches Zentrum der proletarischen Revolution darstellt. Ihr Kampf um die proletarische Diktatur muß lebendisch sein mit dem praktischen Versuch, diese Diktatur der revolutionären Räte durch die AAU. in der Arbeiterklasse zu verankern, um so die Revolution an der Klippe einer Parteidiktatur vorbeizusteuern. Daraus ergibt sich für die KAP., im Vortrupp des Proletariats auch die Spezialisten heranzubilden, die zur Ausübung der Rätediktatur notwendig sind. Daß die KAP.-Genossen außerdem verpflichtet sind, die Proletarier der AAU politisch zu schulen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Die AAU. hat in erster Linie die Aufgabe, das Proletariat als Klasse zum Kampf um den Sozialismus zu organisieren. Da die AAU. keine Partei darstellt, sondern zur proletarischen Klassenorganisation bestimmt ist, muß ihre Taktik einzig und allein darauf hinzielen, den Uebergang vom reformistischen Teilkampf gegen Auswüchse des Kapitalismus zu revolutionären Massenaktionen gegen das kapitalistische System herzustellen. Damit ist für die AAU. die Notwendigkeit gegeben, an die täglichen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit anzuknüpfen, um die Arbeitskämpfe durch revolutionäre Methoden zu Massenkämpfen gegen den Kapitalismus vorwärts zu treiben. Die AAU. muß infolge ihrer breiteren Basis im Proletariat mehr als die KAP. der Hebel sein, der mit Hilfe der Aktionsausschüsse den Widerstand der proletarischen Massen gegen den wachsenden Druck der Ausbeutung entfacht und ihn zum Klassenangriff gegen die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie entwickelt. Die Mission der AAU. erfüllen, heißt die Klassenfront des proletarischen Massenkampfes gegen den Kapitalismus errichten, um so mit der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Führer und Masse das Fundament für die revolutionäre Räteorganisation zu legen.

IV.

Das politische Kampfbündnis zwischen KAP. und AAU. muß jedoch jeden praktischen Wert verlieren, wenn es sich in eine organisatorische Fessel verwandelt. Dieser Fall tritt bereits dann ein, wenn in der Aktionsgemeinschaft grundverschiedene Auffassungen über die Rolle beider Organisationen auftreten. Die KAP.-Genossen haben natürlich das Recht, als „Zwangsmitglieder" der AAU. im Rahmen der Union deren politische wie organisatorische Entscheidungen mit den gegebenen demokratischen Mitteln in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die KAP. hat aber nie und nimmer das „Recht", als Organi-

Arbeiterwohlfahrts-Rummel

Die bestehende Profitwirtschaft versucht stets, die mörderische Wirkung ihrer Ausbeutung durch „soziale" Institutionen zu verschleiern. Zu diesem Zweck war vom 24. 2. bis 3. 3. 29 eine „Reichs-Unfallverhütungs-Woche". Auch die Gewerkschaften waren dabei; sind sie doch stets dem Kapital hilfsbereit, wenn es gilt, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Durch Flugblätter, öffentliche Vorträge und Vorführungen wurde mit untauglichen Mitteln der Versuch gemacht, Unfällen „vorzubeugen". Die wirklichen Ursachen der Unfälle verschweigen die heutigen Machthaber — müßten sie ja sonst ihre eigene Schande offenbaren.

Jeder Arbeiter möge einmal ruhig bedenken, was es heißt, wenn im Jahre 1927 24 000 Menschen — das sind täglich 64 — durch Unfall getötet wurden (die meisten standen auf der Höhe ihrer Leistungskraft). Ueber 99 Prozent davon sind selbstverständlich Arbeiter, die bei der Ausübung ihres Berufes den Tod fanden. Hier zeigt sich das wahre Wesen des Kapitalismus. **Täglich 64 Leiber von seinen Arbeitssklaven fordert der kapitalistische Moloch für seinen gefräßigen Rachen.** Was nützen da dem Proletarier die „gleichen Rechte" vor dem Gesetz? — einen Dreck. Er bringt nicht nur alle materiellen Opfer, indem er nur für die besitzende Klasse Werte schafft, sondern auch die Opfer an Leib und Leben. Diese Tatsachen können auch nicht die raffinierten Propagandamittel der „Reichs-Unfallverhütungs-Woche" verhüllen.

Die Presse sowie die Behörden verschweigen wohlweislich die Ursachen der ungeheuerlichen Unfälle der letzten Jahre. Auf demagogische Weise stellen sie die Dinge so hin, als ob die Leichtfertigkeit der Arbeiter, sowie die Mißachtung von Schutzvorrichtungen häufig die Ursache der Unfälle wäre. Jeder weiß aber aus eigener Erfahrung, was die tatsächlichen Ursachen der Unfälle sind. **Die Zeit, die auf Sekunden festgesetzt ist; der Akkordpreis, der auf das raffinierteste mit der Stoppuhr bemessen ist; das laufende Band, das oft unsichtbar antreibt; der ständige Gedanke, sein Pensum zu schaffen und das wahnsinnige Tempo der kapitalistischen Ausbeutung, das sind die wirklichen Ursachen, die den Arbeiter zu Fehlgriffen und Unfällen führen.** Diese Ursachen abstellen, hieße der heutigen Produktionsweise ein anderes Gepräge geben, hieße die Jagd nach dem Profit beseitigen. Hierzu bedarf es jedoch der revolutionären Umwälzung der bestehenden Gesellschaft und den Aufbau einer kommunistischen Wirtschaft, die nicht um des Profits willen, sondern um den Bedarf der Menschen zu befriedigen, produziert. Ohne diese geschichtliche und elementare Voraussetzung bleibt jede Unfallverhütung ein elendes Flickwerk, das nie den Herd der Ursachen beseitigt, sondern nur mit untauglichen Mitteln zu lindern sucht.

Um der Arbeiterklasse ein soziales Empfinden vorzutäuschen, hat der bestehende Staat ein „Arbeiterwohlfahrts"-Museum errichtet, welches sich in Charlottenburg befindet. Man sieht dort, wie gesunde Arbeits- und Waschräume aussehen, wie gesunde Wohnungen gebaut sind, wie Krankheiten wirken und verhütet werden müßten, wie großartig Schutzvorrichtungen Unfälle verhindern können und den „Segen" der sozialen Gesetzgebung bildlich dargestellt. Alles ist jedoch nur Entwurf, Zeichnung, Atrappe, Modell. Denn diese Werkzeuge, die in der Ausstellung demonstrieren, wie Schutzvorrichtungen wirken, finden wir nur allein in der Ausstellung, doch in den tatsächlichen Produktionsstätten nirgends. Da fehlt es nämlich auffallend an allen sozialen Maßregeln und keine „Wohlfahrt" des Kapitalismus beseitigt die Mißstände.

Die „Weisheit" der kapitalistischen Institutionen kann uns Proletariern nie helfen, denn sie bezweckt nur Einschläferung unseres selbstbewußten Denkens. Wie gute Wohnungen aussehen, wissen wir allein; auch wissen wir allein am besten, was im Betrieb zu Unfällen führt und geändert werden müßte zur Verhütung von Unfällen. Dieses wissen wir alles als Arbeiter am besten. Was jedoch die Arbeiter noch nicht wissen und was wir sie unermüdlich in ihre Hirne einh

sation eine Diktatur über die AAU. auszuüben oder zu versuchen, auf „illegale" Weise (durch Fraktionsarbeit) von außen her Ortsgruppen der Union gegen ihre Körperschaften zu mobilisieren. Solche Versuche müssen zur Auflösung der Kampfgemeinschaft führen, weil sie die Selbständigkeit der unionistischen Klassenorganisation untergraben. Gewiß können Situationen kommen, wo die KAP. gezwungen ist, gegen opportunistische Versumpfung der AAU. den schärfsten Kampf aufzunehmen. Aber mit demselben Recht ist auch die AAU. verpflichtet, ihr Verhältnis zur KAP. grundlegend (wenn auch nur zeitweilig) zu ändern, wenn diese Partei auf Methoden der alten Führerpolitik zurückgreift.

Solche Tendenzen, die das Kampfbündnis zwischen KAP. und AAU. zersetzen, sind heute vorhanden. Die Parteikörperschaften glauben wegen Differenzen, die vorwiegend nicht um die Grundlinie der AAU. ausgebrochen sind, zur öffentlichen Stellungnahme gegen Unionskörperschaften gezwungen zu sein. Man wirft nicht nur in Rundschreiben, sondern auch in der Parteipresse den Ausschüssen der Union vor, daß sie als Handlanger von „Organisationsputschisten" fungieren. Damit jedoch nicht genug. Die Redaktion der KAZ. geht bereits systematisch dazu über, anstelle der bestehenden AAU. irgendeine unbekannte „Union der Arbeiter" zu propagieren (siehe Nr. 8 der „KAZ." Artikel „Hammer oder Amboß"), ohne daß die Gesamtpartei zu den Streitfragen gesprochen hat! Diese selbstherrliche öffentliche Ignorierung der AAU. durch die KAZ. muß in ihrer Tendenz logischerweise zum politischen Bruch zwischen AAU. und KAP. führen.

Die tiefere Ursache dieser Differenzen liegt darin, daß die Parteikörperschaften die AAU. nur als Betriebsfraktion der KAP. betrachten. Ueber diese Entwicklung zu jammern, ist zwecklos. Aus der Krise im Verhältnis Partei-Union gilt es vielmehr die politischen Schlüsse zu ziehen, um die AAU. gegen Zersetzung zu sichern! Es ist deshalb auch eine dringende Aufgabe der 9. Reichskonferenz, zu erkennen, daß die AAU. wegen ihrer Zukunft als revolutionäre Klassenorganisation den Kampf um politische und organisatorische Selbständigkeit in der Gegenwart bestehen muß – oder die AAU. ist dazu verdammt, als Fraktion der KAP. ein politisches Schein- und Trugleben zu führen!

„Revolutionärer" Parlamentarismus

KPD.-Vertreter im „Ordnungsblock"!

Im Dezember 1928 fanden in Finow die Wahlen der Gemeindevertreter statt. SPD. und KPD. gingen als Sieger über den Bürgerblock hervor. Die Kommunisten und Sozialdemokraten hatten die Mehrheit in der Kommune. Da die Kommunisten einige Mandate mehr als die Sozialdemokraten zu verzeichnen hatten, beanspruchten sie den Posten des Gemeindevorstehers. Die KPD. stellte Herrn Brömme als Kandidaten auf. Er wurde gewählt und von der Kreisregierung bestätigt. Herr Brömme sowie die gewählten Schöffen leisteten den Eid auf die „Deutsche Verfassung" und unterschrieben das Dokument, **daß sie die Beschlüsse der III. Internationale nicht anerkennen.** Die Arbeiterschaft oder doch jene Teile, die glaubten, daß Finow das zweite Rußland sei, mögen in einer Beziehung Recht haben, indem sich in der Gemeinde Finow das Widerspiegeln, was in Rußland und in der III. Internationale dauernd in Erscheinung tritt: **„Das Paktieren mit dem Kapital."**

Auch ein kommunistischer Gemeindevorsteher muß, wenn er „positive Arbeit" im Sinne der Verfassung leisten will, denn nur dann wird er bestätigt von der Reaktion, mit dem Bürgertum paktieren und sich ihren Beschlüssen und ihrer Macht unterwerfen müssen. Die KPD. ist für die „positive Mitarbeit" im Parlament und Kommune. Positive Mitarbeit, die Annahme von Positionen im kapitalistischen Staat, besagt nichts anderes als die **„Anerkennung des Staates"** das Aufgeben jeglicher Klassenkampfpolitik im Sinne der proletarischen Weltrevolution. Alle radikal klingenden Phrasen ändern nichts daran, sie sind nur der Deckmantel für die **„reformistischen Schwoineereien".** Der parlamentarische Kretinismus der KPD. im Reichstag, die Bewilligung von Monarchistengeldern (s. Reichstagsprotokoll, III. Wahlperiode 1924–1926, Nr. 2162), das Eintreten für die Erhöhung der Schupogehälter, das Mietergesetz, sie sind ein Zeichen, wo der „revolutionäre Parlamentarismus" geendet hat.

Die Ereignisse in Finow widerspiegeln den parlamentarischen Kretinismus im greellsten Licht. Genau wie im vorigen Jahr die „kommunistische" Ortsverwaltung des FMV. gezwungen war, den Schiedsspruch Wissels anzuerkennen, ohne sie der Politik der Gewerkschaftseroberung treu bleiben will, um vom ADGB. als Ortsverwaltung anerkannt zu werden, so blieben der Ortsverwaltung nur zwei Wege offen: Entweder der Kampf gegen den Schiedsspruch und damit gegen die Gewerkschaften, und somit aus den Reihen der Konterrevolution ausgeschlossen zu werden oder den Schiedsspruch anzuerkennen und zu vertreten und somit sich als Handlanger der Konterrevolution zu kennzeichnen. Daß die kommunistische Ortsverwaltung mit mehr oder weniger radikalen Phrasen den zweiten Weg wählte, ist nicht die Schuld des Herrn Brömme, sondern liegt im Wesen der Organisationsform. Eine Partei, wie die KPD., **die mit alten Waffen aus der vorrevolutionären Epoche kämpft,** die Waffen des Parlaments, Kissinger und der Gewerkschaften, **die zu Waffen der herrschenden Klasse der deutschen Republik geworden sind,** muß diese Politik des Kapitalismus als Verkleisterung der Klassengegensätze mitmachen.

Unter diesen Umständen ist auch die Haltung des kommunistischen Gemeindevorstehers Brömme zu betrachten. Als Herr Brömme in der Kommune gewählt würde, erregte es Aufsehen, daß auch der Bürgerblock für ihn stimmte. Seine Programmrede als Gemeindevorsteher verdient in der Geschichte verewigt zu werden. Der Deutschnationale Hugenberg oder Severing hätten nicht besser für das **„Wohl der Allgemeinheit"** eintreten können, wie der „Kommunist" Brömme. Es war von vornherein klar, daß die kommunistische Gemeindefraktion, um überhaupt **ihre Position in der Kommune aufrechtzuerhalten, verninftige Gemeindepolitik mit Konzessionen** an die Sozialdemokratie und den Bürgerblock beweisen mußte.

Die Sozialdemokratie, über die Mandatsverluste verärgert, übte gegenüber der kommunistischen Gemeindefraktion und ihrer Kommunalarbeit „passive Resistenz". Sie setzte sich auf den Sessel des stillen Beobachters und machte, um mit den Worten der III. Internationale zu reden: „Entlarvungspolitik". Die sozialdemokratische Entlarvungspolitik war jedoch eine Komödie von Anfang an bis zu Ende. Es war deshalb ein Gaunerspiel, weil das Abkommen, das wir im Wortlaut bringen, der kommunistischen Fraktion mit dem Bürgerblock, das die doppelte Buchführung der KPD., die Folgen der parlamentarischen Tätigkeit, klar und deutlich zu Tage treten ließ, der sozialdemokratischen Fraktion Finow von Anfang an bekannt war. Der Vertrag wurde bereits vor der Kommunalwahl im Dezember 1928 mit dem Bürgerblock geschlossen, von der Sozialdemokratie aber erst Ende Januar 1929 veröffentlicht. Bevor O. Brömme als Gemeindevorsteher gewählt und bestätigt war, wurde der Vertrag mit dem Bürgerblock aufgestellt und von beiden Kommunisten Brömme und Liedtke unterzeichnet.

Die Industriellen des Finowtals mußten eine Gewähr haben, daß die Politik in ihrem Sinne getrieben wird. Es war ihnen in diesem Falle auf Grund der Wählergebnisse gleichgültig, ob die Sozialdemokratie oder die Kommunisten die Henkerrolle der Kapitalisten übernehmen. Die Sozialdemokraten haben genügend Beweise über ihre positive Mitarbeit im Staate erbracht. Die Kommunistische Partei hat außer 1923 noch nicht die Gelegenheit gehabt, ihre Mitarbeit in staatlichen Funktionen für das „Wohl der Allgemeinheit" in solchem Ausmaße zu leisten wie in Finow. Der folgende Vertrag ist ein Dokument für die Geschichte des Parlamentarismus. Er zeigt den parlamentarischen Bankrott der KPD. auf. Der Vertrag zeigt das Doppelspiel der KPD. gegenüber der arbeitenden Klasse. Die KP. Finows hat sich und ihre Prinzipien an den Bürgerblock verkauft. Alle Lebensfragen der Arbeiter Finows, das Land der kommunistischen Mehrheit, können nur nach dem Willen der Unternehmer gereglet werden. Wieder wird der Arbeiterklasse einmal demonstriert, das alle Mehrheiten im Parlament, auch wenn kommunistische sind, ihre Lange nicht im geringsten verändert. Daß sie weiterhin unter der Schlichtungspeitsche des Kapitals, deren Auftraggeber durch den „roten Parlamentarismus" vertreten sind, ausgebeutet und unterdrückt werden.

Die KPD. versucht die Angelegenheit so hinzustellen, als wäre das Abkommen ohne ihre Kenntnis von den beiden Kommunisten unterzeichnet worden. Demagogie war von jeher ein Privileg der KPD. Auch die Tatsache, daß man Brömme aus der KPD. ausgeschlossen hat, damit die Finowtaler Arbeiter die parlamentarischen Illusionen nicht verlieren sollen, ändert an dem Abkommen der kommunistischen Gemeinde-Fraktion Finows, die in der Linie der Gesamtpolitik der KPD. liegt, nichts. Max Liedtke, der gleichzeitig das Abkommen mitunterzeichnet hat, ist noch Mitglied der KPD. Der Handlanger des Kapitals, Herr Brömme, mußte aus der Partei fliegen. Es lag im Interesse der KP. Finows, wenn sie ihre Wähler nicht vor den Kopf stoßen wollten. Einer mußte geopfert werden, Brömme, der schon seit Jahren als „Agent des Kapitals" bei der Arbeiterschaft bekannt ist, mußte daran glauben. Er selbst macht sich darüber bestimmt keine Kopfschmerzen, denn für 12 Jahre und lebenslängliche Pension ist er gesichert.

Nicht nur die Arbeiter von Finow haben die Lehren und Konsequenzen zu ziehen, sondern alle müssen erkennen, daß die **Wurzel dieser Auswüchse in den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfmethoden** liegen.

Eine jede Partei, die mit alten Kampfmethoden kämpft, muß zum Verräter an der eigenen Klasse werden.

Wir gehen neuen Kämpfen entgegen. Es liegt an der Arbeiterklasse, die Abrechnung mit den korrumpierten sozialdemokratischen Parteien zu vollziehen. Wir lassen nun den Pakt folgen:

Abkommen bezüglich Arbeitsgemeinschaft.

Von dem festen Willen getragen, in der neuen Gemeinde Finow dem Gemeindewohl dienende, tatkräftige und vorwärtsstrebende Arbeit zu leisten, schließen die Vertreter der Listen 2, 4 und 5 für die Dauer ihrer Wahlperiode eine Arbeitsgemeinschaft ab.

Die Listen 4 und 5 vereinigen sich zu einer Fraktion mit der Maßgabe, daß jeweils die eine Gruppe den Schöffen, die andere den Fraktionsvorsitzenden stellt.

Die Arbeitsgemeinschaft wählt, da eine Ortsvorsteherwahl sogleich erfolgen muß, Herrn Brömme zum Ortsvorsteher.

Der Ortsvorsteher wird wichtige Punkte vorher in der Arbeitsgemeinschaft besprechen und nur mit dieser zur Durchführung bringen.

Interne Abstimmungen in der Arbeitsgemeinschaft gelten als abgelehnt, wenn sich die Mehrheit nur aus Mitgliedern einer Fraktion zusammensetzt. Zu den wichtigen Angelegenheiten gehören alle Objekte, durch welche die Gemeinde mit Ausnahme des Landjahres mit mehr als **1000 M.** belastet wird. Insbesondere muß vorher eine Einigung erzielt werden in: Etat und Steuertragen, Wohnungs- und Straßenbau, Kirchen- und Schulwesen, Gehalts- und Wohlfahrtsfragen.

Der Geist, zum Besten von Finow zu arbeiten, soll Richtlinie dieses Abkommens sein. Sollten sich trotzdem ernsthafte Meinungsverschiedenheiten ergeben, so wird die Besprechung der gleichen Angelegenheit eine Woche später wiederholt. Ist auch hierbei eine Einigung nicht erreichbar, so verpflichten sich die Kontrahenten, einen Schiedsspruch unter Juristen anzuerkennen.

Möge dieses Abkommen sich zum allgemeinen Wohl der Gesamtgemeinde Finow auswirken.

Finow (Mark), den 23. Dezember 1928.

V. g. u.
Für die Liste Nr. 2 (KPD.):
O. Brömme. Max Liedtke.
Für die Liste Nr. 4 (Messingwerk):
Robert Hensel. Max Zwenzner. Albert Brause.
Emil Pape. J. Levin.
Für die Liste Nr. 5 (Ordnungsblock):
August Beuster. H. Hildebrandt. H. Oberg. Noack.

Dieser Vertrag spricht für sich, jedes Kommentar erübrigt sich. Arbeiter des Finowtals, macht Schluß mit diesen sozialdemokratischen Parteien. Reiht Euch in die Klassenorganisation der AAU. ein. Lest das Kampforgan der AAU. und der KAPD. Verteilt das Eueren Wohnungen die reformistische Presse.

Arbeiter des Finowtales, des ganzen Industriebezirkes Eberswalde!

Wenn Ihr in den kommenden Kämpfen und Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit nicht wieder verraten und verkauft werden wollt, dann nehmt Eure Kämpfe selbst in die Hand.

Boykottiert die Betriebsrätewahlen!
Wählt nur Kampforgane, die Euch als Arbeiter verantwortlich sind!

Führt Eure Kämpfe auf der Basis der revolutionären Aktionsausschüsse zur Befreiung aus der Lohnknechtschaft, zum Aufbau der kommunistischen klassenlosen Bedarfswirtschaft.

Zur Reichskonferenz der Union

Erklärung des RAA.

In der „KAZ.", Nr. 9, wird im Artikel „Zur Debatte in der Union" behauptet, daß der RAA. der AAU. auf der am 10. Februar stattfindenden Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen vertreten war. Da diese Behauptung mit einer politischen Diskreditierung des RAA. verknüpft ist, sehen wir uns zu folgender Erklärung gezwungen:

Auf der genannten Bezirkskonferenz war der RAA. nicht vertreten, da alle seine Mitglieder auf der am selben Tage stattgefundenen Groß-Berliner Mitgliederversammlung anwesend waren. Die Behauptung des davon ebenfalls informierten „KAZ."-Redakteurs ist angesichts dieses nicht nur falsche Berichterstattung, sondern übelste Demagogie. RAA.

Anträge des Bezirks Groß-Berlin

Die Reichskonferenz der AAU. erklärt, alle von einzelnen Bezirken herbeigeführten Beschlüsse, nur Mitglieder der KAP. dürfen Funktionäre der Union sein, für nichtig, da sie unvereinbar mit dem Wesen der AAU. sind, die ganz souverän und kein Anhängsel einer Organisation ist.

Die Mitgliedschaft Groß-Berlins steht auf dem Standpunkt, daß die jetzige Umlagenausschreibung, wo jeder Genosse das Gleiche zahlen soll, nicht der Demokratie innerhalb der Organisation entspricht und beantragt, in Zukunft die Umlage nach der Beitragshöhe festzusetzen.

*

Die Arbeitslosigkeit und die Allgemeine Arbeiter-Union.

Als Grundlage sei der Artikel im „Kampfruf", Nr. 50 (1928), „Das Erwerbslosen-Problem" zu nehmen.

Daher haben die Unionisten zur Pflicht, in der Agitation und Propaganda unter den Arbeitslosen unermüdlich aufzuzeigen:

1. Daß die Arbeitslosigkeit eine unvermeidliche und natürliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise ist,
2. Daß ihre Beseitigung nur durch die Beseitigung des Kapitalismus möglich ist, und deshalb der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ein Kampf gegen den Kapitalismus selbst sein muß.
3. Daß dieser Kampf nur mit den vereinten Kräften der Arbeitslosen und den noch Arbeitenden geführt werden kann.

Daß die Maßnahmen, die der bürgerliche Staat ergreift, zur sogenannten Linderung der Not der Arbeitslosen nicht eine Folge der reformistischen Bettelei und des Mitleids des Kapitals sind, sondern Beruhigungspillen zur Verhinderung der Revolutionierung der Arbeitslosen. Deshalb, je bewegter die Entwicklung aufreten, um so mehr wird sich der bürgerliche Staat gezwungen sehen, einige Brocken ihnen hinzuwerfen in der Hoffnung, sie zu beruhigen.

Die AAU. muß unermüdlich versuchen, die Arbeitslosen in Bewegung gegen die kapitalistische Barbarei zu setzen. Bei der Aufstellung konkreter Teilforderungen durch die Arbeitslosen selbst, muß die AAU. alle jene Forderungen, die geeignet sind, die Arbeitslosen in einen Kampf zu treiben, unaufhörlich zu bringen. (wie Einführung neuer Schichten, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzureihen), bekämpfen und eine Beteiligung an dieser Bewegung unter solchen Forderungen ablehnen. Jede andere Bewegung, selbst mit noch so primitiven Forderungen, muß sie unterstützen, indem sie diese mit brüderlicher Kritik vorwärtstreibt. Die Unionisten müssen im Gegensatz zu den reformistisch-parlamentarischen Organisationen den Schwerpunkt der Arbeitslosenbewegung nicht vor die Parlamente, sondern vor die Betriebstore verlegen und sie zu einer lebendigen Demonstration gegen die kapitalistische Barbarei machen, durch Aufzeigen der Zusammenhänge zwischen niedrigen Löhnen und der Arbeitslosigkeit, sowie der gemeinsamen Interessen der Arbeitslosen und der Arbeitenden, ihre Solidarität und Willen zum Kampfe gegen Kapitalismus und Reformismus zu wecken und zu stärken. Auf diese Weise wird der deprimierende Druck der Arbeitslosigkeit auf den Kampfwillen der noch Arbeitenden aufgehoben und die Bewegung der Arbeitslosen an revolutionärer Wucht gewinnen.

Cuxhaven Wesermünde

Die Reichskonferenz der AAU. wird beauftragt, zu prüfen, ob auf Grund der Beschlüsse der Reichskonferenz die Arbeitsgemeinschaft mit der gegenwärtigen Parteileitung noch weiter aufrecht erhalten werden kann.

*

Das erweiterte Komitee der revolutionären Bordorganisationen AAU. hält erneute Diskussionen über Fragen der Taktik für überflüssig. Es kann sich jedoch auf dem Wege zewisser „Ortsgruppen", denen vor lauter „Theorien" jede Praxis abhanden gekommen ist, nicht herablassen. Es lehnt daher — neben den langatmigen Stilübungen einiger „Theoretiker" auch das Gerede über „starre" und „bewegliche" Taktik als unfruchtbar ab. Das zu tur gehetzet u. a. die Geschichte der Allgemeinen Arbeiter-Union. Wer auch weiterhin spintisieren und abwarten will, der gehört nicht in die AAU. Der Tote darf nicht mehr in seinen Armen den Lebenden halten.

Was man die taktischen Richtlinien des RAA. betrifft, so steht fest, daß diese von der Mitgliedschaft der BO. Hochseefischerei längst in die Tat umgesetzt sind.

Die Thesen des RAA.

Kritik eines Hamburger Genossen.

(Schluß.)

III. Klassenbewußtsein und proletarische Organisation.

Der vierte und zum Teil auch der fünfte Thesenabschnitt stellen bürgerliche und proletarische Demokratie gegenüber und damit das Verhältnis der Organisation zum Klassenbewußtsein. Die Wechselwirkung zwischen Organisation und Ideologie ist der Ausgangspunkt für Zusammenwachsen von Massen- und Führerinitiative in der Arbeiterbewegung. Wenn die Thesen die Bedeutung der proletarischen Organisation für den Massenkampf besonders hervorheben, so muß eingestanden werden, daß die Union diese Seite bisher gegenüber der Kritik an Kapitalismus und parlamentarischer Arbeiterbewegung vernachlässigt hat. Andererseits aber ist zu sagen, daß der RAA. den Klassenbegriff zu mechanisch faßt und deshalb immer wieder von der Organisationsfrage des Proletariats ausgeht.

Schon in einer früheren Diskussion mit Gen. Horner wurde erklärt, daß der Marxismus der Nachkriegszeit Spontanität und Organisation nicht mehr als Widerspruch gegenüberstellt. Die alte Sozialdemokratie sah die Garantie des proletarischen Sieges selbst auf der äußersten Linken im unaufhörlichen Wachstum der Organisation, so daß ein Zustand kommt, wo Arbeit und Kapital als zwei mächtige straff organisierte Gegner zum letzten Kampf antreten. Die Allgemeine Arbeiter-Union kann nicht Massenorganisation in dem Sinne werden, daß sie im Verlaufe des Klassenkampfes die Mehrheit des Proletariats erobert, weil die Stärke der Organisation nicht von Auf und Ab des Klassenkampfes getrennt werden kann. Deshalb muß das Wachstum der Union nicht nur durch Niederlagen unterbrochen, sondern die proletarische Klassenorganisation mehr als einmal auch auf frühere Ausgangspunkte zurückgeworfen werden und in weiteren Kämpfen aus der Spontanität der Massen neue organisatorische Kräfte saugen. Diese Feststellung ist notwendig, weil der Ruf nach der Massenorganisation von den Gegnern einer realistischen Taktik der Union als ein Manöver zum Massentang ausgelegt wurde.

Aber ein anderer Gesichtspunkt ist für den Charakter der proletarischen Organisation und den wirklichen Inhalt des Klassenbegriffs noch entscheidender. Die Betonung der Organisation als Voraussetzung der erfolgreichen Klasenaktion durch den RAA. geht glatt an der Schranke vorbei, die dem Wachstum der Union durch die Struktur der Arbeiterklasse gezogen ist. Losowski hat auf dem vierten Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale dem amerikanischen Delegierten erklärt, daß ihr Gewerkschaftsfetischismus ein Tanz um den kleinen Prozentsatz der qualifizierten Arbeiter ist. Wir haben dies Urteil über die bisherige Gewerkschaftspraxis der Komintern jetzt nicht zu untersuchen, sondern zur Kenntnis zu nehmen, daß hier von einer Spaltung der Arbeiterklasse gesprochen wird, die in der Entwicklung des Kapitalismus selbst begründet ist. Das Proletariat steht im Klassenkampf so wenig die Einheit der gesamten Lohnsklaverei dar, wie der monopolistische Kapitalismus alle Interessengegensätze aufhebt und den einzigen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zum Ausdruck bringt. Entwicklung des Kapitalismus bedeutet, daß die früheren Betriebsformen und Produktionsarten nicht einfach aussterben, so ist hier mit einer tatsächlich gegebenen breitbeinigen Zersplitterung auch noch eine Basis für die Gewerkschaften vorhanden, trotzdem die Gesamtsituation durch das Großkapital diktiert wird.

Die monopolistische Epoche des Kapitalismus hat den modernen Industrieproletariat zwar Schritt für Schritt die Gesamtinteressen des Proletariats stehen sich gewissermaßen die Repräsentanten verschiedener Phasen des Kapitalismus gegenüber, wenn dabei auch von klaren unverwischbaren Grenzen nicht die Rede sein kann. Dieser Industrieproletariat neigt zu den Gewerkschaften stets ein Freundling bleiben und sein Drängen zum Massenkampf, das schon vor dem Kriege in Erscheinung trat, hatte zur Folge, daß diese Arbeiterschicht nur schwer gewerkschaftlich organisierbar war. Wie oft hörte man in den ersten Jahren der Nachkriegszeit das wunderbare Argument, daß Kommunisten und Unionisten die Geiben von gestern wären, womit der Marxismus der Vorkriegszeit die in der kapitalistischen Entwicklung selbst begründete Spaltung des Proletariats auf seine Weise erklärt zu haben glaubte.

Die Allgemeine Arbeiter-Union ist die Organisation des modernen Industrieproletariats. Nicht im syndikalistischen Sinne — der auch in unseren Reihen spukte — daß alle Lohnsklaven sich gegen Bonzen und Kapitalisten einigen müßten, sondern weil sie vom Standpunkt des modernen Industriearbeiters die Zukunft der Mehrheit des Proletariats verkörpert, ist die Union eine proletarische Klassenorganisation.

IV. Arbeitskämpfe und Revolution.

Die Einleitung des fünften Thesenabschnitts bestätigt unsere Kritik an dem schon gezeichneten mechanischen Klassenbegriff. Es soll gern anerkannt werden, daß diese Formulierungen auf den Thesen der Reichskonferenz übernommen würden und dort im Kompromiß geboren sind. Als Voraussetzungen der Klassenaktion wird Zertrümmerung der Gewerkschaften, Aufbau einer revolutionären Massenorganisation und „revolutionäre Einsicht des Proletariats in die Bedingungen seines Kampfes überhaupt" gefordert. Die Klassenaktion wird mit dem Kampf um die Produktionsmittel und die politische Macht identifiziert.

Was wir in den vorigen Kapiteln über kapitalistische Krise, parlamentarische Arbeiterbewegung und proletarische Klassenorganisation nachgewiesen haben, wird jetzt endgültig offenbar: Wo Dogmatik revolutionäre Dialektik ersetzen soll, kann kein organischer Zusammenhang zwischen der vorausgehenden Analyse und der am Schluß der Thesen gezeichneten Rolle der Unionisten im Arbeitskampf hergestellt werden. Dem wie aufgezeigt abstrakt formulierten Klassenbegriff entspricht der Versuch, den Höhepunkt des Klassenkampfes an seinem Anfang zu setzen. Weil die täglichen Arbeitskämpfe nicht nur Vorbereitungen der Revolution sind, sondern schon zum Wesen der Klassenaktion werden müssen, kann die Umwandlung der Qualität proletarischer Organisation nicht als Voraussetzung, sondern nur im Prozeß der Kämpfe selbst erfolgen. Wir betonen hierbei ausdrücklich, daß der in den Thesen dieser Richtung folgende Hinweis auf die Praxis als den Lehrmeister des Proletariats solche Formulierungen von der fix und fertigen Revolution nicht beheben kann.

Auch an dieser Stelle wiederholen wir, daß die Union kein Konkurrent der Gewerkschaften ist, daß sie deshalb jene Mehrheit der Arbeiterklasse vor allem auch ins Auge zu fassen hat, die aufgrund ihrer Gewerkschaften steht. In den letzten größeren Arbeitskämpfen haben die Massenorganisierten verschiedentlich eine bedeutende Rolle gespielt und die Mobilisierung dieser Kräfte gegen gewerkschaftliche Streikbruchtaktik bedeutet positive Arbeit für Zertrümmerung dieser Gewerkschaften. Wir sind nicht der Meinung, daß der Kampf gegen die arbeiterfeindliche Gewerkschaftsideologie eingestellt werden soll, aber aus dem Klassengesicht der Union geht hervor, daß ein bedeutender Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den Massenkampf zunächst gar nicht in Betracht kommt. Die Zertrümmerung der Gewerkschaften stellt sich praktisch als die Aufgabe dar, ihren Einfluß auf die Arbeitskämpfe zu brechen, und ein Massenaustritt industrieller Arbeiter kommt nicht als Voraussetzung, sondern erst als Folge einer aus dem Fluß der Arbeitskämpfe entstehenden Gehorsamsverweigerung in Frage.

Auch nicht anders liegt es mit dem: Aufbau der revolutionären Massenorganisation als Voraussetzung der proletarischen Klassenorganisation. Sicherlich wird und muß die Union mit den Aktionsausschüssen wachsen und kann demnach quantitativ nicht mit der zur Auslösung gekommenen proletarischen Klassenkraft identisch sein. **Unsere Beweisführung konzentriert sich auf die Behauptung, daß das vorderste Kriterium einer proletarischen Klassenaktion weder die Größe eines Kampfes, noch sein erstes Ziel ist, sondern in der massenartigen und klassenmäßigen, d. h. direkten und antigesetzlichen Kampfesweise liegt.** Deshalb kann es keine Debatte mehr darüber geben, ob die Arbeitskämpfe im Gegensatz zur Revolution stehen. Reformismus und Revolution unterscheiden sich nicht einfach darin, daß der erstere schon mit einem Teil zufrieden ist, während die Revolution gleich aufs Ganze geht. **Reformismus ist eine Kampfesweise, die das Arbeiterinteresse mittels Instanzenpolitik den kapitalistischen Gesetzen und damit dem Profit unterordnet.** Revolution aber ist nicht einfach das Ganze, das die Massen hypnotisiert, sondern lebendiges Klassenwerden, das aus den Widersprüchen der kapitalistischen Wirklichkeit gespeist wird. **Revolution ist der qualitative Umschlag des Reformismus, der sich in der Gewerkung kapitalistischer Gesetzlichkeit vollzieht.** Hierin liegt die Verbindung zwischen Prinzip und Taktik als das positive Merkmal des revolutionären Marxismus. Aber das ergibt sich auch aus der Sinnlosigkeit der Frage, ob das Proletariat die Revolution noch „etwas herausholen" kann ebenso, wie keiner merkwürdigen Versicherung, daß die Union bei den Arbeitern keine Illusionen über den Klassenkampf hervorrufen darf. Wo Teile des Proletariats im Durchbruch der Gewerkschaftspolitik Teilforderungen durchsetzen, ist dies ein Stück proletarische Revolution. Aber die Union ruft Illusionen über die Bedingungen des Klassenkampfes im Proletariat hervor, wenn sie die Rolle des Vertreters der Arbeiterklasse übernimmt. Hier kommen wir auf eine Frage, die nach dem bisher vorliegenden Material auf der Reichskonferenz eine gewisse Bedeutung haben wird.

Die Thesen des RAA. haben mit der Formulierung „rücksichtslose Auslösung von Wirtschaftskämpfen" als Aufgabe der Union das konkrete Verhältnis der proletarischen Klassenorganisation zu den Streiks nicht klarer gemacht, als es vorher war. Denn indem sie diese Aufgabe in die Tätigkeit der einzelnen Unionsten auflösen, welche konkrete Teilforderungen aufstellen sollten, ist auch nichts über die Rolle der Union, der Betriebsorganisationen gesagt und die vorher stets betonte Notwendigkeit der wachsenden revolutionären Massenorganisation dankt hier praktisch in die Spontanität des Kampfes ab. Ein Charlottenburger Abänderungsantrag, das besagt, daß die Aufstellung von Teilforderungen nicht Aufgabe der Union, sondern der Arbeiter selbst einschließlich der Unionisten sei, will diesen Dualismus zwischen Unionist und Betriebsorganisation, über dessen praktische Auswirkung man sich klar werden sollte, mosaikartig überbrücken. Wir sind dafür eintreten läßt, daß die Forderungen der Arbeiter gezeigt sind, Solidarität und Klassenmeinheit zu fördern. Wo der Unionist als Mitglied der Belegschaft von sich aus Teilforderungen aufstellt, für die er seiner Organisation keine Kampfschuldig ist, wird in jedem Kampfe von Betrieb zu Betrieb bestenfalls ein buntscheckiger Radikalismus seine Purzelbäume schlagen, der die Forderungen der Arbeiter jeweils nach Belieben multipliziert. Die Charlottenburger aber fordern, daß die Union den halben Losungen der Arbeitskämpfe andere, bessere, ganze Forderungen entgegenstellen solle und damit ist der Weg für zentrale Einmischung in die Arbeitskämpfe von außen, für die bekannte Taktik des Manövertums geöffnet. Die Charlottenburger propagieren auch die Wahl von Betriebsausschüssen, welche zwischen den Arbeitskämpfen die Angelegenheiten des einzelnen Proletariats zur Sache der Belegschaft machten und mit dem Unternehmer regeln sollen. Dieser Vorschlag entspricht dem Verlangen von Baer-Gelsenkirchen in der Erwerbslosenfrage. Die Entscheidung der Reichskonferenz kann nur dahin gehen, daß die Union die Bildung solcher Betriebs- oder Erwerbslosenkommissionen nur von Fall zu Fall propagiert und daß die Unionisten mit der Erledigung dieser Angelegenheit das Mandat an die Auftraggeber zurückgeben. Damit akzeptieren wir die richtige Feststellung der Charlottenburger Genossen, daß nicht jeder Konflikt, an dem die Unionisten beteiligt sind, bis zum Streik zu führen braucht und daß die Arbeitskämpfe sich in ihrem Anfang und Ausgang innerhalb der Betriebe abspielen. Auf der anderen Seite aber grenzen wir uns ab gegen jene organisatorische Passivität, die hervorgerufen werden muß, wo Betriebs- und Arbeitslosenkommissionen dem Wachstum der Union praktisch entgegenwirken.

Die Reichskonferenz muß eindeutig feststellen, daß das Verhältnis der Unionisten zu den Arbeitskämpfen und ihren Organen nicht von den Forderungen der Arbeiter, sondern ausschließlich vom Charakter des Kampfes, d. h. von seinen Methoden abhängig ist. So besteht die Grenze gegen den Reformismus Pawlitzki darin, daß sie sich sogar damit abfinden, wird ein vorübergehender Zustand sein, der in Massenaktionen umschlägt, wenn Hunger und tägliche Todesnot unmittelbar eines Krieges sie bedrohen.

Dasselbe gilt von den un- und angelernten Proletariern und Proletarierinnen, nur mit der Einschränkung, daß der an diese reformistische Politik gebundene prozentuale Anteil derselben etwas niedriger, sagen wir 75 Prozent der Gesamtheit dieser proletarischen Kategorien beträgt, wobei wir ganz unberücksichtigt lassen, ob es sich um zewerkschaftlich organisierte oder um unorganisierte Proletarier handelt, wir denken lediglich an die Betriebsbelegschaften, die unter einem geltenden Tarif arbeiten. Dies letztere gilt auch für Angestellte und Handwerker.

Mit den Arbeitslosen ist das Gleiche der Fall, zwar mit dem Unterschied, daß diese nicht im üblichen Sinne tariflich gebunden sind, sondern daß sie aus „Burzfriedensgründen" mittels koalitionspolitischer gegenseitiger Rücksichtnahme vom Parlament durch Reichsgesetz versichert sind auf Kosten ihrer arbeitenden Klassengenossen. Wosich die Lohnsklavenstaffel des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes, der Krisenfürsorge, wie den diebezüglichen Verordnungen der Wohlfahrtsfürsorge, die für die Arbeitslosen die Rolle der ihrem sozialen Dasein zugeschnittenen Tarifvertrage einnehmen. Auch hier ist bei dieser Kategorie der Anteil der Massen mindestens ein 70prozentiger, die bei dieser Bemessung ihres Standarts of Lif mit der reformistischen Regelung sich zufrieden gibt. Doch ist dieser Zustand der Zufriedenheit genau wie oben ein zeitweiliger und kann in einen mächtigen sozialen Sturm umschlagen!

In dieser Stagnation befindet sich heute noch das Gesamtproletariat der SPD. Darum ist und bleibt es Aufgabe der Union und Partei, **ihr Teil,** der auf uns entfällt, dazu zu tun, um diese Stagnation zu überwinden, Oekonomische und auch politische Faktoren stehen mit uns im Bunde. Sie unterwühlen mächtig die Grundlagen des kapitalistischen Systems und seines Tragbalkens, des Reformismus. Es ist an jedem Tage jedem, der sehen will und kann, sichtbar. Wer darum aus obigen Tatsachen blind und illusionär vorbei sieht, der soll mit seiner Perspektive, die sich **ausschließlich auf politische** und ökonomische Faktoren bezieht, und die die sozialen Faktoren vom vornherein übersieht, einpacken.

In der Gesamtmasse dieser sozialen Faktoren ist auch der auf die KAP. und AAU. entfallende Anteil mit enthalten. Gerade sie sind das Terrain, auf dem sich diese Diskussion bewegt. Wir haben die Rolle der SPD., KPD. und Gewerkschaften und ihren Einfluß auf die psychologische, ideologische, wie physische Einwirkung auf das gesamte Proletariat oben betrachtet, und wir wagen zu behaupten, daß durch positives Abwehren und Angreifen des Reformismus und seiner Träger deren Einfluß auf das Proletariat gestoppt, verdrängt und letzthin beseitigt werden kann, vorausgesetzt, daß unser „Einfluß" auf die Massen vom Reformismus fortwährend „verdrängt" und wir nicht „schlimmsten" zu den Leichen hätten, also wir ganz ausgeschaltet wären und alle Möglichkeiten, alle Strategie aufgehört sollten. Für die KAZ. ist „Beweglichkeit" gleich Reformismus, und „unsere Prinzipien" gleich Antireformismus. Die KAZ. verkennt, daß „Beweglichkeit" und „Prinzipien" etwas ganz Anderes bedeuten, entweder den reforistischen oder den revolutionären Zwecken unterworfen sind. Was nützen uns die feinsten Prinzipien, wenn wir zu faul oder durch eigenwillige Lähmung uns untauglich machen, diese zu verwirklichen. Nein, und nochmals nein! So heilig uns unser Prinzip ist, so unheilig ist dieses dem Gegner Reformist.

Unser Prinzip ist uns Uniform und Banner usw. Aber Schlachten schlägt man nicht allein mit solchen äußerlichen Mitteln zur Kennzeichnung der g

empfiehlt er die Taktik: „Heran an die Massen!", was richtig und konsequent ist. Aus dieser Auffassung über Ursache und Stand des Streites zwischen Parteileitung und Union stellen wir der Union zwei konkrete Aufgaben:

1. in bezug auf das „aus-dem-reformistischen-Sumpf" ziehen der arbeitenden Proletarier,
2. in bezug auf dasselbe bei den Arbeitslosen.

Zu 1. Die Massen müssen zu allererst wieder an Klassenkampf gewöhnt werden. Wir müssen mittels „wilder Streikbewegungen" die mechanische Lohn- und Tarifpolitik der parasitären Gewerkschaften und Unternehmer durchkreuzen. **Wir müssen dafür Sorge tragen, daß Kämpfe um Lohn- und Arbeitszeit auf breitester Grundlage entbrennen und unter Ausschaltung der Gewerkschaften geführt und abgeschlossen werden. Wer da von „Gewerkschaftsersatz" spricht, der verkennt die historische Situation überhaupt, der verkennt die rein parasitäre gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften im imperialistischen Zeitalter auf der koalitionspolitischen Basis, der läßt den Gewerkschaften den Heiligenschein traditioneller Klassenkämpfe ungehindert auf dem fetten Haupte liegen zu einer Zeit, wo die Gewerkschaften alle Streikbewegungen mittels Daumendruck auf die Verbandskasse in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Ministern und Polizeipräsidenten ersticken. Wer darum angesichts dieser Tatsachen die Union als ein Kräutchen, „das im Verborgenen blüht", betrachtet, wer verhindert, daß die Union das richtende Schwert der proletarischen Revolution werde, der sorgt heute schon heilig dafür, daß die Union nicht populär wird, also revolutionsunfähig.**

Wir deuteten oben an, daß wir Kriegsmöglichkeiten wittern. Im Falle eines solchen machen die Gewerkschaften noch mehr als bisher in Burgfrieden. Hier kann und darf die Union sich nicht selbst ausschalten, wenn die Massen Steckrüben essen und an Giftgas und Grippe sterben, wie die Fliegen. **In dieser historischen Situation erwächst der Union die Aufgabe, die Interessenvertretung der proletarischen Massen sowohl im Rahmen des „absoluten", wie des „relativen Lohngesetzes" in die Hand zu nehmen.** Tut die Union dies nicht, dann züchtigt sie den USPDismus und das Einheitlertum treibhausartig angewollt. Diese Gittpflanzen dürfen nicht mehr wie 17—18—19 zur Blüte und Entwicklung gelangen. Wer darum Revolution im positiven Sinne will, der muß der Union die Mittel und Waffen geben zur Stärkung und Hebung ihres „Einflusses" auf die im Reformismus erstickenden Massen.

Zu 2. In bezug auf die Arbeitslosen hat die Union eine konkrete Aufgabe zu erfüllen. Die „Pflichten" der Arbeitslosen gehen ins Paradoxe. Die tägliche, jahrelange Stempelei ohne Aussicht auf Beschäftigung ist widersinnig und wird von den Massen mit zunehmendem Zorn widerwillig ausgeführt. Eine Reichskampagne mit dem Ziel eines **Generalstempelstreiks** kann zur Hebung des „Einflusses der Union" beitragen, wenn es gelingt, den einmaligen Kontrolltag durchzudrücken. Auch hier haben besonders die Unionisten und KAPisten ein lohnendes Aktionsfeld zu betreten, das sie nicht unausgenützt lassen dürfen, indem sie Gelegenheit haben, breitesten Massen ihre Lebensberechtigung in Rat und Tat demonstrativ vor Augen zu führen.

Gelingt es Genossen, die den Mut haben, zu sagen, daß diese Forderungen nicht revolutionär genug und die Methoden ihrer Durchführung nicht forsch genug seien, wenn ja, dann sollen jene Genossen den Beweis antreten, wie sie mit Grippe-, Hunger- und Giftgaseisen und einer toten Union und Partei die Revolution vorbereiten wollen.

Darum, Reichskongreß der Union, nicht Selbstaufgabe, nicht Passivität, sondern Aktivität, Positivität und „Vorwärtsmarsch, Union!" soll unsere Losung sein!

Aus der Bewegung

Chemnitz

C. G. Haubold A.-G.

Es ist notwendig, einmal die Tätigkeit des DMV., der KPD. und SPD. in diesem Betrieb zu beleuchten. Ehemals war das Werk eine Hochburg der KPD. Die Parolenschusterei und politische Grundsatzlosigkeit, „rinn in die Kartoffeln und raus aus die Kartoffeln" dieser wirklich „einzigen" Arbeiterpartei entzog ihr, wie in fast allen Chemnitzer Großbetrieben, so auch hier den Grund unter den ohnehin schon sehr schwachen nöligen Füßen. Wie denn auch die ganze Tätigkeit der KPD. gut dazu geeignet ist, Wasser auf die Mühlen der SPD. zu leiten, und die, wenn auch nur vorerst rein gefühlsmäßig, gegen den blanksten Reformismus rebellierenden Proletarier, ihre werden zu lassen an den ureigensten Aufgaben ihrer Klasse. Diese Arbeiter zum Teil wieder zurücktreiben in die „große" SPD. oder zum überwiegenden Teil abzestoßen und abgeekelt in resignierenden verderblichen Indifferentismus, das ist das Fazit einer sich fälschlicherweise kommunistisch nennenden Partei, die in ihrem Interesse (wenn man die beschönenden, den unaufgeklärten Arbeiter betrügenden radikalen Phrasen abstreicht) sozialdemokratischer als die Sozialdemokratie selbst ist.

Die unter der Arbeiterschaft grassierenden parlamentarischen, demokratischen Illusionen, und die an die (das muß offen ausgesprochen werden) an das kann glaublich grenzende politische Naivität und Rückständigkeit, unter Mitwirkung oben gekennzeichneter, den Kommunismus diskreditierender Tätigkeit der KPD., sorgten dafür, daß die SPD. wieder das gesetzlich verbrämte Monopol der Bevormundung der Belegschaft an sich nehmen konnte. Lediglich auf die vorbenannten Eigenschaften der Proletarier stützt sich das Gebäude SPD. DMV., nährt sich von ihnen, und man kann daraus sehr wohl auf den inneren Wert, sagen wir einmal auf die Gesundheit dieser beiden „großen" Organisationen schließen. Es wird gesagt, daß nicht immer große, robuckiene Wesen gesund sind, im Gegenteil, sie seien oft innerlich sehr krank, hohl und leer, ein Hemmnis für neues pulsierendes Leben. „Ganz gute" Mitglieder des DMV. bestätigen denn auch, daß ihre Organisation im Betrieb „eigentlich nicht so sei, wie sie sein müsse." Die Tatsache, daß es bei Wahlen von Branchen-Vertrauensleuten unter den ca. 800 DMV.-Mitgliedern (⅔ der Belegschaft) genügend geeignete Kollegen zu finden, schwer ist. Der Besuch der sogenannten „Organisiertenbesprechungen", die einen „Ersatz" darstellen für überhaupt nicht mehr stattfindende Betriebsversammlungen, der der besonders aus Angst fallende ideologische Tiefstand der überwältigenden Mehrheit, alles das zeigt, was diese Organisation im Grunde ist. Zeigt auch, welch ungeheure Arbeit noch geleistet werden muß, um das Proletariat den Weg zum Klassenbewußtsein, zur wirklichen Klassenehrlichkeit sichtbar und gerade zeigen zu sehen.

So ganz kurz skizziert, sieht der DMV. in diesem Betriebe aus, und so sind es denn auch nur ein paar Kollegen, welche, sich stützend auf die Zahlen ihrer Mitglieder und vor allem auf ihre gesetzlich sanktionierte Funktion als Betriebs-, bzw. Arbeiterrat, ganz rigoros über die Angelegenheiten der Gesamtbelegschaft nach eigenem Gutdünken bestimmen. Keineswegs wollen wir diesen Leuten die Ehrlichkeit ihrer Gesinnung absprechen, welches aber auch ebensowenig bedeutet, daß ihr Tun nicht, weil es in den Grundzügen, den proletarischen Klassenaufgaben und Notwendigkeiten direkt zuwiderläuft, von uns nach Möglichkeit, sachlich und offen bekämpft wird. Im Interesse wahrer Einheit der Arbeiterklasse, von unten auf.

Streik und Aussperrung im vorigen Jahre zeigten eindeutig, daß es benannten Kollegen keineswegs darum zu tun ist, in sachlicher Weise sich auseinanderzusetzen mit politisch Andersdenkenden. Schon die erste Streikversammlung zeigte, daß man seitens der Prominenten gewillt war, jeden Versuch der Kritik an der freigewerkschaftlichen Niederlagenstrategie einfach zu vergewaltigen. Diesmal gelang der Versuch, die „Ordnung" wiederherzustellen, daneben, weil selbst DMV.-Mitglieder protestierten, und wohl auch die Mehrheit der Versammelten Unorganisierte waren. Die folgenden Versammlungen, kläglich besucht, und dazu fast ausschließlich von DMV.-Kollegen, waren traurige Zeichen für die marxistische „Schulung", besonders der Vertrauensleute des DMV. und der Arbeiterratsmitglieder. Sonderbare Figuren, spaßhaft fast, waren die Aufgaben der Arbeiterschaft nicht bitterer Ernst, machten gerade in dieser Situation die Kollegen von der KPD.-Fraktion, die durch 2 Sitze im Betriebsrat vertreten ist. Während sich der „Kämpfer" in nicht zu übertreffendem Geschrei mit der ruhigeren Kollegin „Volksstimme" zum Gaudium der Klassengegner herumzankte, und die bekannten, im Interesse russischer Staatsnotwendigkeiten liegenden, unsinnigen, kindischen Parolen nur so aus dem Aermel schüttelte, sah und hörte man in den Streikversammlungen nichts von den Kollegen der KP.-Fraktion. Ob sie sich wohl selbst auch bewußt waren der politischen Lächerlichkeit, aber auch Ausweglosigkeit, der Parolen ihrer Partei? Schmunzelnd konnten die Führer der SPD. feststellen, daß doch die KP.-Kollegen „Disziplin im Interesse" der Bewegung hielten. Wir überlassen es den Kollegen von der KPD. selbst, aber auch der Gesamtbelegschaft, sich klar zu werden darüber, wieweit sie selbst Schuld sind daran, wenn weiter, wie bisher, die auch vom DMV. sanktionierte Peitsche des Schlichtungswesens die Arbeiter dem Nichts entgegentreibt.

Typisch sozialdemokratisch war es, wenn ein Arbeiterratsmitglied einmal sagte: „Was kümmern mich diese Unorganisierten, wir denken nicht daran, uns mit diesen Blöden abzugeben." Wie auch verschiedene Handlungen desselben Kollegen, an das Gemeine grenzend, dazu angetan sind, schärfsten Protest wachzurufen. Gerade darum, weil wir wissen, daß nicht eine Handvoll Streber genügen, um die Ketten der Knechtschaft zu zerreißen, weil wir wissen, wie steinig und beschwerlich der Weg des klassenbewußten Proletariats ist, darum ringen wir gerade um die Seele der Proletarier, die zum großen Teil heute indifferent beiseite stehen. Wir wissen, daß ein großer Teil von ihnen abseits steht, weil er instinktiv begriffen hat, daß der Vez der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien der Weg ins Nichts ist.

Wir sagen Ihnen: Erkennt, wie unbedingt notwendig ist, den Zusammenschluß des Proletariats in einer zielbewußten und innerlich starken, wirklichen Klassenorganisation. Zeigt jenen, die, bewußt oder unbewußt, den Weg proletarischer Gängelei gehen, daß ihr nicht die „Blöden", die „Schimpfkanonenfutter" an „ihren", angeblichen Errungenschaften seid. Besinnt Euch und handelt.

An dieser Stelle wollen wir nicht auf eine grundsätzliche, prinzipielle Kritik an den „freien" Gewerkschaften eingehen. Wir werden demnächst Gelegenheit nehmen, diese Fragen sachlich, in Form einer Reihe von Flugschriften, vor der Gesamtbelegschaft aufzurollen; denn die Frage der proletarischen Klassenorganisation ist nicht nur ein Privileg der Organisation, sondern der gesamten Arbeiterschaft. Soll die wirkliche Einheit der Arbeiterklasse, von unten auf, zur Tat werden, so gilt es ungeschminkt die harte Wahrheit, für manchen ehrlichen SPD.- und DMV.-Kollegen so bittere Wahrheit, vor der breitesten proletarischen Oeffentlichkeit hell zu beleuchten. Durch scharfe Kritik werden wir erst zur proletarischen Klassenerkenntnis, zur Klassenreife kommen. Denen, die, wenn sie in Diskussionen über die Politik ihrer Organisation, ob SPD. oder DMV., faktisch vor dem Nichts stehen, sich ausredend immer nur erklären: kritisieren ist so leicht, besser machen müßt ihr es! gerade diesen Kollegen möchten wir sagen: „Wir kritisieren nicht, um alle Kritik willen, wir wollen, daß ihr durch Kritik zur Erkenntnis, und das Proletariat zum „besser machen" kommt. Die Kritik der KPD. ist nicht unsere Kritik. Jene sagt: An Stelle der SPD.-Führer im DMV. solche der KPD. Wir sagen: Nicht andere Führer, die herrlicher sind, die „schlechten" Führer sind nicht die Wurzel proletarischer Ohnmacht, sie sind erst das Produkt gewerkschaftlicher Tarif- und Schlichtungspolitik, sie sind schlecht darum, weil ihr sie durch Eure demokratischen und parlamentarischen Illusionen, durch Euren Glauben an das „Schritt für Schritt in den Sozialismus hineinwachsen", „schlecht" sein laßt.

Wir sagen mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, aus unserer Erkenntnis: „Einigkeit des Kampfcrestes . . . ja, und für immer!"

Einigkeit der toten Form als Tod des Kampfgeistes nimmermehr! Sprengen wir eine solche Organisation, die eine Fessel des Klassenkampfes bildet, heißt, die Arbeiterklasse kampffähig, schlagkräftig machen; eine solche Fessel erhalten und verstärken, heißt, die Arbeiterklasse in Knechtschaft stürzen."

Darum: Heraus aus dem Fessels demokratischer und gewerkschaftlicher Kompromißchusterei, deren Folgen sich eindringlich an Euren eigenen Leibern immer krasser auswirken, heraus aus Euer traditionellen Einheitsduselei und Disziplin. Heraus aus diesen, Euer eigenes, unmenschliches, finsteres und sorgenvolles Dasein weiter an die notwendigkeiten des kapitalistischen Staates kettenden Gewerkschaften. Helft mit am Aufbau einer der revolutionären Klassenorganisation, der Allg. Arb.-Union.

Gelsenkirchen-Buer

Am Sonntag, den 17. Februar, fand eine Erwerbslosenkonferenz statt, einberufen vom Bezirksarbeitsausschuß Ruhrgebiet, Richtung KPD. Die Erwerbslosenzeitung, die der Bezirksarbeitsausschuß jeden Monat herausgibt, forderte schon 2 Monate vorher, daß die Delegierten zu der Konferenz in öffentlicher Erwerbslosenversammlungen gewählt werden sollen. Die Praxis war aber so, daß sich in Essen die Erwerbslosenausschüsse der KPD. ein Stelldichein gegeben haben, denn wie in Gelsenkirchen-Buer, so fanden mindestens 3 Kollegen aus Essen, die von Montag bis Freitag buchstabenweise erfolgt. Dieses Verfahren muß dem Proletariat, daß andere Richtungen dann zur Konferenz gewählt werden wollen. So kam man auch im Bericht des „Roten Fahne" (KPD.) in der Nummer 43 vom 20. Februar zu lesen, daß alles einstimmig gefaßt worden ist, gerade wie in der Katholischen Kirche. Die roten Pfaffen haben gesprochen auf der Konferenz, radikale reformistische Phrasen gedroschen und die Delegierten der KPD. haben dazu genickt. Die roten Pfaffen Florit, und Jaddasch, Mitglieder des Reichstages, haben eine Sache gut gemacht, die kapitalistische Meute freut sich, daß sie solche eure Handlungen hat, die die Erwerbslosenpreise mit radikaler Phrasendrogie besoffen machen. Die Entschließung, die dort einstimmig angenommen worden ist, enthält Forderungen, die im kapitalistischen Staat nicht durchzuführen sind. Die Erwerbslosenzeitung, die vom BA. der Erwerbslosen herausgegeben wird, fordert immer wieder die Erwerbslosen auf, in die konterrevolutionären Gewerkschaften hereinzugehen. Vom Kampf gegen den kapitalistischen Staat, Sturz dieser Gesellschaftsordnung, kommt um den Kommunismus, kann man in dieser Zeitung nicht finden.

Interessant ist die Forderung: **Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse und gesetzlicher Schutz derselben wie den Betriebsräten.** Wir haben hundertmal nachgewiesen, daß die Gesetzlichkeit dem Proletariat das Genick bricht und es gesetzlich an den Kapitalismus festkettet. Hier kann man offen sehen, daß die KPD. sich häuslich einrichten will im kapitalistischen Staat, gerade wie die SPD. Ihre Einstellung zum Parlamentarismus, zu Gewerkschaften und letzt zur Erwerbslosenfrage zeigen ledenn ehrlichen Arbeiter, der noch ein Fünkchen Klassenbewußtsein hat, daß die KPD. ein Abklatsch der SPD geworden ist und in der entscheidenden Situation versagen wird, daß die Konterrevolution sein wird. Auf Grund der letzten Erwerbslosenversammlung in Buer, wo wir als AAU. enthüllt haben die Verräterrolle der KPD., sowie ihre Erwerbslosenausschüsse und speziell den von Buer unter die Lupe genommen haben, ist es so weit gekommen, trotzdem der Erwerbslosenausschuß (Siebert) eine Erwerbslosenversammlung einberufen hat am Samstag, sind nur 20 Mann dageblieben nach dem Stempeln, Siebert erklärte, er hält die Versammlung nicht ab, zu den Genossen der Union sagte er, Ihr würdet ja auch gar nicht in die Erwerbslosenversammlung reinkommen. Wir hätten ja Siebert bewiesen, daß wir doch reingekommen wären; denn ihr neuester Schlager ist jetzt, wer keine Interessenkarte zu 10 Pf. kauft, kommt auch in keine Versammlung herein. Soweit ist diese Richtung schon hinabgeglitten. Man kann ja verstehen, warum sie gesetzliche Erwerbslosenausschüsse wünschen; dann kann sie ja niemand mehr absetzen. Die Erwerbslosen haben die Quittung gegeben, indem keiner zur Versammlung kam. Es liegt an uns jetzt, planmäßig im ganzen Reich vorzustoßen, die KPD. nebst Gewerkschaften als das entlarven, was sie sind, Handlanger der kapitalistischen Gesellschaft. Ferner ist es notwendig, in der Union zur Frage der Erwerbslosen praktische Stellung zu nehmen im Reichsmaßstabe und überall die Erwerbslosen-Aktionsausschüsse zu bilden. Den Erwerbslosen sowie der übrigen Arbeiterschaft bleibt nichts anderes übrig, als mit der Union auf antigesetzlicher Grundlage für den Kommunismus, für die proletarische Revolution zu kämpfen, oder unterzugehen in der Barbarei.

Duisburg

Ueber ganz Deutschland ging bekanntlich bittere, anhaltende Kälte. Bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung, die von Montag bis Freitag buchstabenweise erfolgt, müssen die Erwerbslosen Duisburgs in einer Baracke, die vielleicht 100 Mann faßt, bei dieser Kälte stundenlang, um diese Bettelpfennige zu bekommen, warten; für jeden Buchstaben ist eine Auszahlungszeit von ½ Stunde festgesetzt. Kommt einer auch nur eine Minute zu spät zur Auszahlung, dann bekommt er erst sein Geld am nächsten darauffolgenden Mittwoch auf dem Arbeitsnachweis. An allen Montagen geht die Auszahlung in dieser festgesetzten Zeit (½ Stunde) gut vonstatten; aber o weh, am Donnerstag, bei der Auszahlung der Buchstaben: „R bis Sch", von 10.30 Uhr bis 11 Uhr, dann stehen die Erwerbslosen mit hungrigen Mägen bis 1, auch ½2 Uhr draußen in der Kälte und warten auf diese lumpige Unterstützung. Grund, da in diesen Buchstaben die meisten Erwerbslosen vorhanden sind. Die Herren Dezernenten haben den Milistand schon lange eingesehen, aber Abhilfe schaffen sie nicht. Wo bleiben die Bonzen (Parlamentsvertreter), bei denen schon mehrere Erwerbslose vorstellig wurden, die dem auch Abhilfe versprachen und wo bleibt da der am Orte bestehende (nicht anerkannte) Erwerbslosenausschuß, in dem nur die KPD. majoritätsbestimmend ist?

Die „Helden" der Demokratie

Nicht schaffende Menschen, die unter Tage das schwarze Gold schaufeln, auch nicht die Arbeitsmänner mit dem Hammer, die unter Einsatz ihres Lebens Werte schaffen, auch nicht der Wissenschaftler, der kulturelle Forschungen erzielt, auch nicht die Seelente, die mit den Wellen kämpfen, sind die Helden, die von der kapitalistischen Gesellschaft mitsamt ihrem sozialdemokratischen Anhang gepreßt gezeiert werden.

Boxer, Filmsterne, Rekordmenschen und abgeklappte Generale, das sind die Helden der demokratisch-kapitalistischen Gesellschaft. Die Sozialdemokratie feiert es, was in Ordnung, daß man Menschen feiert, die nichts, auch gar nichts Produktives für die Menschheit leisten. Auch dieses ist eine Erscheinung, die markant den Verfaulungszstand des Kapitalismus widerspiegelt. Sie zeigt deutlich, welchen Wert der schaffende Mensch im Kapitalismus hat, ganz gleich, ob er sich demokratisch, republikanisch oder monarchistisch aufspielt.

Nicht nur Sozialdemokraten finden solche Dinge in Ordnung, sondern auch die „Welt am Abend", dieser Morgenpostersatz mit KPD.-Einstellung. Man liest nämlich in diesem Schwestblatt der „Roten Fahne", vom 22. Februar 29, daß am 1. März die Boxer Schmeling, „der deutsche Dempsey", wie sie sich dabei wirklich um einen Schritt nach links handelt, ist dieser Schritt nicht der praktische Ausdruck eines bewußten revolutionären Vorsatzes, sondern nur ihre durch objektive Verhältnisse bedingte Zwangsläufigkeit. Denn nicht die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer revolutionären Klassenkampfpolitik, die Massenmobilisierung hat zur taktischen Wendung gehört zur Demokratie und ihrem Geschäft. Wie könnte sonst wohl die „Welt am Abend" kommentieren, daß es besser wäre, für Menschen, die ihrer Kräfte haben, daß sie sich nicht boxen in ihrer tierischen Art, sondern mit ihrem breiten Kreuz lieber Steine tragen könnten und wirklich der Menschheit dienen. Solche Worte kann man nicht mehr in den KPD.-Organen finden. Da sie sich längst dem Kapitalismus prostituiert (siehe Inseratenteil und Reklamepflanzage). Auch die Berliner Arbeitersportler, die ideologisch hinter der KPD. herlaufen, finden die Verherrlichung der bürgerlichen Sportwahnsinns, durch die „Welt am Abend" ganz in Ordnung. Wie lange noch wird sich das Proletariat von den roten Pfaffen, die es mit seinen Groschen ernährt, blenden lassen? Wann wird sich endlich die Flamme der Erkenntnis entzünden?

Mögen sich sozialdemokratische Ministerlinge vor Boxer, Flimmersterne und Generale elastisch beugen und siefelern, mögen die Salonkommunisten von der „Welt am Abend" dazu Beifall klatschen — ihnen gebührt diese Narrenrolle, sie kleiden ihnen. Das denkende Proletariat hat mit dieser Gesellschaft nichts zu tun und mißt seine Welt erkämpfen, wo nicht Müßiggänger und Sportler, sondern schaffende Menschen, die unter Lebensgefahr ihre Arbeit verrichten, die Helden der Gesellschaft sind.

Mitteilungen

Reich

Bezirk Rheinland.

Am Sonntag, den 10. März, findet in Düsseldorf im Lokal Sevens, Kieferstr. 2, eine **Bezirkskonferenz** der AAU. statt. Alles nähere durch Rundschreiben. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein.

Chemnitz.

Die öffentlichen Diskussionsabend finden regelmäßig alle 14 Tage Sonnabends, 20 Uhr, im Gasthaus zur Linde, am Theaterplatz, statt.

Nächste Veranstaltung am 9. März.

Provinz Brandenburg

Finowtal.

Auskunft über Versammlungen und Betriebsberichte an Karl Falk, Kurpferhammer bei Eberswalde, Lichterfelder Str. 3.

Daselbst jeden Sonntag von 10—11,30 Uhr Zeitungsausgabe sowie Bekanntgabe des Tagungslokals und Mitgliederaufnahme.

Groß Berlin

6. Bezirk. Oeffentlicher Diskussionsabend.

Am Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Lokal Reiche, Gitschinerstraße 88. Thema: Führer und Massen.

Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 112
Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 112

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

März 1929 — Für Erwerbslose 5 Pfennig

Jahrgang 10. Nr. 11 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

Der „Linkskurs" der KPD.

Ein Manöver der bankrotten Zellentaktik.

Auf Anweisung der Exekutive der „Roten Gewerkschafts-Internationale" (Profintern) hat die letzte Reichsparteiarbeiterkonferenz der KPD. neue Richtlinien für die Arbeit unter den proletarischen Massen herausgegeben, um durch eine offensivere Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung das Wasser abzugraben. Oberflächlich gesehen erscheint der neue Kurs der KPD. radikal, da er gegenüber der bisherigen Taktik eine größere politische Selbständigkeit vorschreibt. „Die Vorbereitung der Massen in Streiks und Aussperrungen" soll unter der Losung stehen: „Hoffi nicht auf die Gewerkschaftsbürokraten, nehmt euer Geschick in die eigenen Hände." Infolgedessen sollen bei Arbeitskonflikten „Kampfleitungen" gewählt werden, denen kein offizieller Vertreter der reformistischen Gewerkschaften angehören darf. Die betriebsfremden Arbeiter ohne Unterschied ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit sowie auch die Unorganisierten sollen solche Kampfkomitees schaffen, die dann unter Führung der Gewerkschaftsopposition die Aufgabe haben, unter Ausschaltung der offiziellen Gewerkschaftsinstanzen Arbeitskämpfe vorzubereiten, durchzuführen und abzuschließen. Ebenso sollen bei den Betriebsrätewahlen oppositionelle Vorlisten aufgestellt werden, wenn unter bestehenden Kandidaturen auf der offiziellen Gewerkschaftsliste unpasslich sind. „Die Parole besonderer Streikleitungen hat die KPD. bereits in Rauhkampf praktisch durchgeführt, und jetzt ist sie überhaupt dabei, die neue Linie bei der Betriebsrätewahl zu beschreiten.

Der neue Kurs der KPD. trägt also auf den ersten Blick ein den Stempel einer Linkswendung. Aber soweit es sich dabei wirklich um einen Schritt nach links handelt, ist dieser Schritt nicht der praktische Ausdruck eines bewußten revolutionären Vorsatzes, sondern nur eine durch objektive Verhältnisse bedingte Zwangsläufigkeit. Denn nicht die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer revolutionären Klassenkampfpolitik, die Massenmobilisierung hat zur taktischen Wendung gehört zur Demokratie und ihrem Geschäft. Wie könnte sonst wohl die „Welt am Abend" kommentieren, daß es besser wäre, für Menschen, die ihrer Kräfte haben, daß sie sich nicht boxen in ihrer tierischen Art, sondern mit ihrem breiten Kreuz lieber Steine tragen könnten und wirklich der Menschheit dienen. Solche Worte kann man nicht mehr in den KPD.-Organen finden. Da sie sich längst dem Kapitalismus prostituiert (siehe Inseratenteil und Reklamepflanzage). Auch die Berliner Arbeitersportler, die ideologisch hinter der KPD. herlaufen, finden die Verherrlichung des bürgerlichen Sportwahnsinns, durch die „Welt am Abend" ganz in Ordnung. Wie lange noch wird sich das Proletariat von den roten Pfaffen, die es mit seinen Groschen ernährt, blenden lassen? Wann wird sich endlich die Flamme der Erkenntnis entzünden?

Mögen sich sozialdemokratische Ministerlinge vor Boxer, Flimmersterne und Generale elastisch beugen und siefelern, mögen die Salonkommunisten von der „Welt am Abend" dazu Beifall klatschen — ihnen gebührt diese Narrenrolle, sie kleiden ihnen. Das denkende Proletariat hat mit dieser Gesellschaft nichts zu tun und mißt seine Welt erkämpfen, wo nicht Müßiggänger und Sportler, sondern schaffende Menschen, die unter Lebensgefahr ihre Arbeit verrichten, die Helden der Gesellschaft sind.

Die Märzgefallenen mahnen!

18. März. Märztage, an denen schon oft in der Geschichte der Klassenkämpfe revolutionäre Stürme die Gesellschaft durchbrausten und reaktionäre Gewalten wie ein schwankes Rohr zerknickten. Märztage, an denen zehntausende Unterdrückte ihr Leben für eine neue Welt in die Schanze warfen und mit ihrem Opfertod den nachfolgenden Generationen ein historisches Vermächtnis auferlegten.

Da sind die Barrikadenkämpfer des März 1848. Sie schlugen für die aufkommende Bourgeoisie die Revolution, sie warfen die preußische Pickelhaube in den Straßendreck, sie degradierten einen wortbrüchigen König zur Marionette und mußten am Ende doch einen neuen Burgfrieden mit der Reaktion eingehen. Aber der Sturmlauf der 48er Revolutionäre hatte dennoch die feudalen Fesseln der gesellschaftlichen Entwicklung gesprengt, sie waren Vorkämpfer der geistigen Emanzipation der arbeitenden Klassen, die heute auf einem Kampffeld stehen, wo die bürgerliche Demokratie hinter die Tagesfrage Kapitalismus oder Kommunismus zurückgetreten ist.

Da ist die Pariser Märzrevolution von 1871, die mit [illegible] Gewalt die Erhebung von 1848 bereits gewaltig überragt. Zwei Jahrzehnte kapitalistische Entwicklung hatten schon eine solch klare Klassenscheidung herbeigeführt, daß die Kämpfer der Pariser Kommune über die bürgerliche Zielsetzung der 48er Barrikadenkämpfer hinausstoßen konnten zum ersten praktischen Versuch einer proletarischen Politik. Auf die historische Grenze der Fraktion des alten Staatsapparates stoßend, schufen die Kommunehelden in ihrem Deputiertensystem den universalen Anfang der proletarischen Herrschaftsform. Die geschichtliche Grundsteinlegung der revolutionären Arbeiterräte — das ist das unsterbliche Verdienst der Erhebung des Pariser Proletariats von 1871! Und wenn auch noch ein Gallifet mit Hilfe der preußischen Militärkamarilla das revolutionäre Paris niederkartätschen konnte: — unvergänglich ist die große Lehre der Kommune, daß die Arbeiterklasse die bürgerliche Staatsmaschinerie nicht für ihre sozialistischen Zwecke gebrauchen kann, sondern in den proletarischen Räten eigene Machtorgane schaffen muß!

Was die Kommunekämpfer heroisch begonnen, wurde nach der russischen Märzrevolution 1917 fortgesetzt. Der keimhafte Anfang der Räte entwickelte sich im Feuer der bolschewistischen Erhebung zum eisernen Schwert proletarischer Macht, und auch der bolschewistische Rückzug auf die nepkapitalistische Plattform vermag die weltgeschichtliche Bedeutung der revolutionären Arbeiterräte nicht auszulöschen.

Das deutsche Proletariat versuchte in seinen Märzkämpfen 1919-20-21 ebenfalls die Lehren vergangener Märze in sozialistische Tat umzusetzen. Doch die Abhängigkeit der Arbeitermassen von den reformistischen Führerorganisationen war noch so stark, die demokratischen Illusionen noch so groß, daß die Konterrevolution über den revolutionären Vortrupp triumphieren konnte. Aber die Märzgefallenen der Nachkriegszeit mahnen mit ihrem Opfertod das Proletariat eindeutig an seine sozialistische Mission. Sie mahnen unablässig, bis die Arbeiterklasse mit dem Schwert der revolutionären Massenaktion die Märzschlacht für den Kommunismus schlägt!

Der von der KPD. jetzt über den organisatorischen Rahmen der Gewerkschaften hinausragende Fraktionskampf gegen die sozialdemokratischen Verbandsinstanzen muß zwangsläufig die allgemeine Ausschlußoffensive gegen die Opposition auslösen und damit die Tatsache der Gewerkschaftspaltung schaffen, ohne daß die KPD. eine solche Wirkung beabsichtigt.

Daß die unvermeidliche Wechselwirkung des neuen „Linkskurses" die Spaltung der Gewerkschaften ist, darüber ist man sich auch in Kreisen der linnistischen Führer vollkommen klar. Kein geringerer als Losowski hat bereits auf der Dezemberstärung der Profintern offen ausgesprochen:

„Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. **Wir bellinden uns in einer Sackgasse, aus der nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen."**

Hiermit bestätigt der Führer der RGI, auch unzweideutig, daß die Zellentaktik restlos bankrott ist und die neue Linie nur den Zweck hat, das Proletariat von der riesenhaften Gewerkschaftsspaltung der KPD. mit radikalen Manövern abzulenken.

Die Erkenntnis von der Unvermeidlichkeit der Gewerkschaftsspaltung als Begleiterscheinung des „Linkskurses" stellt die KPD.-Führer natürlich vor die Frage, wie die Gewerkschaftsopposition nach ihrem Ausschluß organisatorisch zusammenzuhalten ist. Auch die Lösung dieser Frage hat bereits konkrete Gestalt angenommen. Das brandleristische Organ „Gegen den Strom" veröffentlicht darüber schon bemerkenswerte Einzelheiten. So hat die Bezirksleitung Ostsachsen der KPD. am 21. Februar ein Rundschreiben herausgegeben, in dem es heißt:

„Viele Genossen fürchten sich, auf einer eigenen Liste zu kandidieren, weil dann die Gefahr der Ausschlüsse besteht und sie trotz langer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft dann weder Streik- noch Erwerbslosenunterstützung erhalten. Diesen Genossen ist zu erklären, daß die Partei **eine Hilfsorganisation für Ausgeschlossene** schafft. Dort zahlen die Ausgeschlossenen einen Beitrag, der nicht höher als ihr Verbandsbeitrag ist und wenn gestreikt wird bzw. Erwerbslosigkeit eintritt, erhalten diejenigen, die der Hilfsorganisation angehören, die gleiche Streik- bzw. Erwerbslosenunterstützung, die ihnen sonst der Verband gezahlt hätte."

Ebenso hat in Kiel der UB.-Sekretär Bruhn in der Zelle Hochwald am 20. Februar erklärt:

„Jeder Genosse muß sich darüber klar sein, daß **die neue Linie bedeutet: Neugründung von Gewerkschaften!"**

Auch Wilhelm Pieck, der ewige Prominente der KPD., hat einem Mitglied gegenüber deutlich erklärt:

„Die Bildung neuer Gewerkschaften ist unvermeidlich.

Man kann das nur noch nicht an die große Glocke hängen."

Paul Merker, der jetzige Gewerkschaftsstratege der KPD., schreibt allerdings in seiner Antwort („Rote Fahne" v. 10. 3.) auf die Enthüllungen der Brandlergruppe: „Es ist die Pflicht jeder Parteileitung, mit aller Entschiedenheit dafür zu wirken, daß die Parteigenossen, soweit sie für die gewerkschaftliche Organisation in Frage kommen, restlos den Verbänden angehören . . . Aber Merker selbst muß die Unerfüllbarkeit dieser „Pflicht" bestätigen, denn er stellt im gleichen Artikel fest, daß „die nur formale Einheit den Massen nichts nützt".

Die Sachlage ist also klar. Die von der KPD. propagierte „Einheit der Gewerkschaften um jeden Preis" ist konterrevolutionär, da sie die Preisgabe jeder revolutionären Arbeiterpolitik zur Voraussetzung hat. Heut muß die KPD. selbst infolge des heillosen Bankrotts ihrer Zellentaktik einen „Linkskurs" steuern, der die Gewerkschaftsspaltung zwangsläufig im Gefolge hat. Heut muß die KPD. selbst die Bildung neuer Gewerkschaften vornehmen, um die ausgeschlossene Opposition zu sammeln. Aber diese Gewerkschaften für Ausgeschlossene haben die Aufgabe, in erster Linie für ihre Wiederaufnahme in die Amsterdamer Front zu kämpfen. Diese Politik ist jedoch ein Drehen im Kreise, da sie nicht die prinzipielle Scheidelinie gegenüber dem Gewerkschaftsreformismus zieht. Aus der Sackgasse der utopistischen „Gewerkschaftseroberung" kann deshalb nicht das „Linkskurs"-Manöver der KPD. heraus führen, sondern einzig und allein die Formierung der Proletariermassen als Klasse in den revolutionären Betriebsorganisationen der Allgemeinen Arbeiter-Union. Das müssen besonders die KPD.-Arbeiter endlich erkennen und danach handeln.

Mül